

**SCHLUSS-
DOKUMENTATION
DIGITALER
PARTEITAG
5. FEBRUAR 2022**

Beginn: 10.00 Uhr



INHALTSVERZEICHNIS

Definitive Traktandenliste	3
Wichtige Informationen	5
Delegiertenkarte	5
Tool für digitale Veranstaltungen der SP Schweiz	5
Simultanübersetzung	5
Wortmeldungen	5
Abstimmungen	5
Traktandum 2: Geschäfte zum Ablauf des Parteitages	6
Geschäftsordnung für den Parteitag	6
Wahl der Mandatsprüfungskommission	8
Wahl Präsident:in des Wahlbüros und des Abstimmungsbüros	8
Traktandum 3: Protokoll des Parteitages vom 28. August 2021 in St. Gallen	9
Traktandum 5: Parolenfassung zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 15. Mai 2022	10
Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG)	10
Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)	11
Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Frontex-Referendum)	12
Traktandum 7: Politische Aktualität	13
Traktandum 8: Strukturreform Teil 2 «Die SP der Zukunft gestalten – wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!»	16
Wahl freigewählte Parteiratsmitglieder	17
Kandidatur Sina Eggimann	18
Kandidatur Felix Hoesch	20
Kandidatur Nadia Kuhn	22
Kandidatur Carlo Lepori	25
Kandidatur Hannah Pfalzgraf	27
Kandidatur Aresu Rabbani	29
Kandidatur Nicola Siegrist	31
Kandidatur Nenad Stojanovic	33
Kandidatur Renato Werndli	35
Traktandum 10: Kita-Initiative	36
Zusammen schreiben wir das nächste Kapitel der Frauengeschichte!	36
Lancierung Eidgenössische Volksinitiative «Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)»	37
R-1 der SP Genf: Frühe Kindheit – optimale Arbeitsbedingungen für eine erstklassige Betreuung	41
Traktandum 11: Öffentliche Investitionen für den Klimaschutz: Es braucht einen Klima-Fonds (Volksinitiative)	43
Antrag zur Lancierung einer Initiative für eine sozial gerechte Energie- und Klimapolitik: Investitionen für Wohlstand, Arbeit und Fortschritt (Arbeitstitel)	43
A-1 Renato Werndli und Karin Hasler: Ergänzung im Initiativtext «Klima-Fonds»	46
R-2 Gabriela Suter und andere: Langfristige Stromversorgungssicherheit – die SP für den schnellen Zubau von erneuerbaren Energien und für zukunftsfähige Arbeitsplätze	47
Traktandum 12: Referendum Verrechnungssteuer: Steuer-Kriminalität fördern? Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer! :	49
Traktandum 13: Statutarische Geschäfte und Wahlgeschäfte	51
Ersatzwahl für einen Sitz im Vizepräsidium der SP Schweiz (Rücktritt von Ada Marra)	51
Genehmigung Budget 2022	55
Nachtragskredit zum Budget 2022: Referendum Verrechnungssteuer	66
Nachtragskredit zum Budget 2022: Befristete Anstellung Projektleitung Kampagne Sexualstrafrecht	68
Traktandum 14: Anträge und Resolutionen	70
R-3 René Longet und andere: Für eine engagierte Aussenpolitik – für Demokratie, Menschenrechte und den Kampf gegen Armut	70

DEFINITIVE TRAKTANDENLISTE

- 10.00 Uhr**
- 1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen**
 - Grusswort von Lydia Schneider Hausser, Präsidentin SP Kanton Genf
 - Grusswort von Thierry Apothéloz, Staatsrat Kanton Genf
 - 2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitags**
 - 3. Protokoll des Parteitags vom 28. August 2021 in St. Gallen**
 - 4. Rede Mattea Meyer**

Co-Präsidentin SP Schweiz
 - 5. Parolenfassung zu den eidg. Abstimmungen vom 15. Mai 2022**
 - Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz, FiG)
 - Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)
 - Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Frontex-Referendum)
 - 6. Rede Bundesrätin Simonetta Sommaruga**
 - 7. Politische Aktualität**
 - Hände weg von unseren Renten!
Referendum gegen die AHV-Revision
 - Nationalbank-Gewinne für die AHV!
Unterstützung der Volksinitiative des SGB
 - «Nein zum Stempelsteuer-Bschiss»
 - 8. Strukturreform Teil 2: «Die SP der Zukunft gestalten – wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!»**
 - Einführung durch das Co-Präsidium
 - Präsentation aktueller Stand nach dem Parteitag vom 28. August 2021
 - Inputreferat des Politologen Claude Longchamp zum Thema Parteienfinanzierung
 - Diskussion und Behandlung der Anträge
 - Schlussabstimmung
 - Wahl freigewählte Parteiratsmitglieder

PAUSE

-
- 9. Rede Cédric Wermuth**
Co-Präsident SP Schweiz
- 10. Kita-Initiative**
- Zusammen schreiben wir das nächste Kapitel der Frauengeschichte!
 - Lancierung eidgenössische Volksinitiative «Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)
 - R-1 SP Genf: Frühe Kindheit – optimale Arbeitsbedingungen für eine erstklassige Betreuung!
- 11. Öffentliche Investitionen für den Klimaschutz:**
Es braucht einen Klima-Fonds! (Volksinitiative)
- Antrag zur Lancierung einer Initiative für eine sozial gerechte Energie- und Klimapolitik: Investitionen für Wohlstand, Arbeit und Fortschritt (Arbeitstitel)
 - A-1 Renato Werndli und Karin Hasler: Ergänzung im Initiativtext «Klima-Fonds»
 - R-2 Gabriela Suter und andere: Langfristige Stromversorgungssicherheit – die SP für den schnellen Zubau von erneuerbaren Energien und für zukunftsfähige Arbeitsplätze
- 12. Referendum Verrechnungssteuer: Steuerkriminalität fördern?**
Nein zur Abschaffung der Verrechnungssteuer!
- 13. Statutarische Geschäfte und Wahlgeschäfte**
- Ersatzwahl für einen Sitz im Vizepräsidium der SP Schweiz (Rücktritt von Ada Marra)
 - Genehmigung Budget 2022
 - Nachtragskredit zum Budget 2022: Referendum Verrechnungssteuer
 - Nachtragskredit zum Budget 2022: Befristete Anstellung Projektleitung Kampagne Sexualstrafrecht
- 14. Anträge und Resolutionen**
- R-3 René Longet und andere: Für eine engagierte Aussenpolitik – für Demokratie, Menschenrechte und den Kampf gegen Armut!
- 15.30 Uhr** **15. Div. Mitteilungen, Schluss**

WICHTIGE INFORMATIONEN

DELEGIERTENKARTE

Die klassischen Delegiertenkarten wird es nicht geben. Alle angemeldeten und stimmberechtigten Delegierten und Ersatzdelegierten erhalten auf ihre persönliche E-Mail-Adresse am Mittwoch, 2. Februar 2022, genaue Instruktionen zum Ablauf des digitalen Parteitags. Darin wird detailliert erklärt, wie beispielsweise Wortmeldungen eingegeben werden können und wie Abstimmungen durchgeführt werden.

TOOL FÜR DIGITALE VERANSTALTUNGEN DER SP SCHWEIZ

Für den digitalen Parteitag kommt ein Tool zum Einsatz, in welchem Abstimmungen, Wortmeldungen, der Youtube-Stream sowie eine Chat-Seite übersichtlich auf einer Seite kombiniert sind. Um Zugriff zu diesem System zu erhalten, werden alle angemeldeten Delegierten am Mittwoch, 2. Februar 2022, per E-Mail einen Link zu diesem Tool sowie ein Instruktionsheft mit detaillierten Erklärungen und ein Erklärvideo erhalten. Bei Fragen und Problemen steht vor und während des Parteitags eine Hotline in allen drei Landessprachen zur Verfügung. Die entsprechenden Telefonnummern sind im Instruktionsheft zu finden sowie im Mail, welches am 2. Februar 2022 allen stimmberechtigten Delegierten verschickt wird.

SIMULTANÜBERSETZUNG

Die Übertragung wird über vier Youtube-Kanäle erfolgen. Vorgesehen ist eine Original-Übertragung, ein deutscher, ein französischer sowie ein italienischer Kanal.

WORTMELDUNGEN

Wortmeldungen können wie üblich bis zu Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden. Wer eine Wortmeldung halten möchte, wird über ein Konferenz-Tool zugeschaltet. Erfahrungen zeigten, dass bei Live-Übertragungen kurze Voten im Allgemeinen besser abschneiden, weshalb eine generelle Redezeitbeschränkung von 2 Minuten gelten wird. Wer eine Wortmeldung halten möchte, ist gebeten, sich gut vorzubereiten und frühzeitig bereit zu sein.

ABSTIMMUNGEN

Mit dem Link, welcher allen Delegierten und Ersatzdelegierten zugestellt wird, kann sichergestellt werden, dass nur gemeldete Delegierte und Ersatzdelegierte abstimmen können. Somit werden Datensicherheit und Datenschutz der einzelnen Stimmabgaben gewährleistet. Ein Abstimmungsbüro bestehend aus Mitarbeitenden des Zentralsekretariats wird ein korrektes Abstimmungsverfahren sicherstellen und dabei insbesondere verifizieren, dass keine doppelten Stimmen abgegeben werden.

TRAKTANDUM 2: GESCHÄFTE ZUM ABLAUF DES PARTEITAGES

GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN PARTEITAG

Art. 1 Eröffnungsgeschäfte

Unmittelbar nach der Eröffnung wählt der Parteitag

- die Mandatsprüfungskommission
- den:die Präsident:in des Abstimmungsbüros
- den:die Präsident:in des Wahlbüros

Art. 2 Traktandierte Geschäfte und Anträge

Nach Art. 14, Ziff. 12 der Statuten darf der Parteitag nur traktandierte Geschäfte behandeln. Ausnahmen sind nur möglich, wenn zeitliche Dringlichkeit sowie ein entsprechender Antrag des Parteirats vorliegen. Sinngemäss kann nur über Anträge verhandelt werden, die sich auf traktandierte Geschäfte beziehen.

Art. 3 Resolutionen

Resolutionen müssen bis Mittwoch, 19. Januar 2022, 12.00 Uhr im Zentralsekretariat eingereicht werden. Sie werden vom Zentralsekretariat übersetzt und im Internet ab Freitag, 28. Januar 2022 ab 18.00 Uhr veröffentlicht.

Art. 4 Redezeit

Aufgrund der digitalen Durchführung gilt eine allgemeine Redezeitbeschränkung von 2 Minuten.

Art. 5 Wortmeldungen/Redebeiträge

Wortmeldungen/Redebeiträge müssen aufgrund der digitalen Durchführung auf dem speziellen Tool schriftlich eingereicht werden (detaillierte Informationen zum Tool werden alle Delegierten im Instruktionshft in der Woche vor dem Parteitag erhalten).

Art. 6 Ordnungsanträge

Ordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Sie werden von der antragstellenden Person kurz begründet. Nach der Stellungnahme der Parteitagsleitung wird unmittelbar abgestimmt.

Art. 7 Anträge auf Redezeitverkürzung, Schluss der Redner:innenliste und der Debatte

Anträge auf Redezeitverkürzung, Schluss der Redner:innenliste und solche auf Schluss der Debatte sind als Ordnungsanträge zu behandeln. Vor der Abstimmung wird die Liste der noch gemeldeten Redner:innen bekanntgegeben. Beschliesst der Parteitag Schluss der Debatte, so haben die Referent:innen ein Schlusswort.

Art. 8 Ausmehrung

Für Abstimmungen gilt das einfache Mehr. Bei Stimmgleichheit gibt die/der Vorsitzende den Stichentscheid.

Art. 9 Wahlen: Allgemein

Die Wahlen finden in der Regel offen statt. Das Wahlbüro besteht aus dem/der Präsident:in des Wahlbüros.

Art. 10 Verhandlungsführung

Die/der Vorsitzende wacht darüber, dass die Verhandlungen ruhig und sachlich geführt werden. Sie:er ruft unsachliche Redner:innen zur Ordnung.

Art. 11 Sprachen

Jede Rednerin und jeder Redner kann sich einer Landessprache bedienen. Die auf der Traktandenliste enthaltenen Anträge der Geschäftsleitung werden dem Parteitag deutsch, französisch und italienisch vorgelegt. Referate und Voten werden simultan auf Französisch, Deutsch und Italienisch übersetzt.

Art. 12 Beschlussprotokoll

Über die Verhandlungen des Parteitages wird ein Beschlussprotokoll geführt. Die Verhandlungen werden aufgezeichnet und archiviert.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Vorschlag:

- Karin Mader

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt für die Mandatsprüfungskommission eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

WAHL PRÄSIDENT:IN DES WAHLBÜROS UND DES ABSTIMMUNGSBÜROS

Für die Abstimmungen sowie für die Wahl der direkt gewählten Mitglieder des Parteirats sowie die Wahl für den frei werdenden Sitz im Vize-Präsidium wird als Präsident des Wahlbüros vorgeschlagen:

- Claudio Marti

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt für die Wahl des:der Präsident:in des Wahlbüros eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

**TRAKTANDUM 3:
PROTOKOLL DES PARTEITAGES VOM 28. AUGUST 2021
IN ST. GALLEN**

Genehmigung des Beschluss-Protokolls des Parteitages vom 28. August 2021 in St. Gallen.

Das Protokoll kann auf der Homepage www.spschweiz.ch/parteitag2022 eingesehen und heruntergeladen werden.

TRAKTANDUM 5: PAROLENFASSUNG ZU DEN EIDGENÖSSISCHEN AB- STIMMUNGEN VOM 15. MAI 2022

ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER FILMPRODUKTION UND FILMKULTUR (FILMGESETZ, FIG)

Ausgangslage

Aufgrund eines Referendums aus libertären Kreisen und Lobbyverbänden stimmt die Schweizer Bevölkerung am 15. Mai über die Änderung des Filmgesetzes ab. Das Gesetz sieht vor, dass die grossen Streaming-Dienste wie Netflix, Amazon oder Disney sowie private Fernsehsender im Ausland einen kleinen Teil ihres Schweizer Umsatzes in die hiesige Filmproduktion investieren müssen. Ausländische Fernsehsender, die mit Schweizer Werbefenstern Milliarden generieren, haben nun zusammen mit Junglibertären eine Volksabstimmung über diese sinnvolle Gesetzesänderung erzwungen und nehmen so internationale Grosskonzerne wie Netflix oder Amazon in Schutz.

Das Filmgesetz

Das Schweizer Recht verpflichtet derzeit die Anbieter von nationalen oder sprachregionalen Fernsehprogrammen, 4 % ihrer Bruttoeinnahmen in das hiesige Filmschaffen zu investieren und einen Anteil von 50 % ihrer Sendezeit für schweizerische oder europäische Werke zu reservieren. Die Gesetzesanpassung sieht nun vor, dass diese 4%-Regel auch für ausländische Streaming-Riesen wie Netflix und ausländische Fernsehsender mit Schweizer Werbefenstern gilt. Zudem soll der Anteil an europäischen Produktionen bei Streaming-Diensten wie Netflix und Co. auf mindestens 30% erhöht werden. Fazit: Mit dieser Änderung des Filmgesetzes werden für ausländische und schweizerische Anbieter die gleichen Bedingungen geschaffen und Milliarden-Konzerne in die Pflicht genommen, ihren gerechten Anteil an unserem Gemeinwesen zu leisten. Mit einer solchen Regelung, die auch die grossen Streaming-Konzerne in die Pflicht nimmt, folgt die Schweiz einem internationalen Trend: Fast die Hälfte der europäischen Länder haben bereits eine ähnliche Investitionspflicht eingeführt.

Empfehlung des Präsidiums: Ja-Parole.

ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE TRANSPLANTATION VON ORGANEN, GEWEBEN UND ZELLEN (TRANSPLANTATIONSGESETZ)

Organe retten Leben, aber in der Schweiz fehlen lebensrettende Organe. 2020 befanden sich fast 1'500 Menschen auf der Warteliste für ein passendes Organ. Darunter auch Kinder. Im gleichen Jahr starben 72 Menschen, weil nicht rechtzeitig ein Organ für sie gefunden wurde. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren sogar verschlechtert. Die Zahl der Organspender:innen lag 2020 mit 146 Spenden rund 7 % tiefer als im Jahr zuvor. Die Warteliste wird länger, die Wartezeit auch.

Doch zeigen regelmässige Umfragen, dass die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung eigentlich sehr hoch wäre: Bis zu 80 % der Befragten würden ihre Organe spenden.

Wie erklärt sich diese grosse Diskrepanz? In der Schweiz gilt zurzeit die erweiterte Zustimmungslösung: Ist der Wille der verstorbenen Person nicht bekannt, müssen die Angehörigen stellvertretend für die verstorbene Person über eine Organspende entscheiden. Im Schock- und Trauerzustand entscheiden sich die Angehörigen in einer Mehrheit (60%) der Fälle gegen eine Organentnahme, auch wenn die verstorbene Person einverstanden gewesen wäre.

Das neue Transplantationsgesetz:

- rettet Menschenleben, weil es die Spendenrate erhöhen kann.
- entlastet die Angehörigen in einem ohnehin bereits sehr schwierigen Moment.

Das revidierte Transplantationsgesetz

Mit dem angepassten Transplantationsgesetz gilt neu die erweiterte Widerspruchsregel. Jede Person im Todesfall wird Organspender:in, sofern sie zu Lebzeiten nicht ihren Widerspruch geäussert hat. Die Angehörigen können der Organspende immer noch widersprechen, falls sie Kenntnis davon haben, dass die verstorbene Person ihre Organe nicht hätte spenden wollen.

Die Widerspruchslösung gilt in den meisten europäischen Ländern, beispielsweise in Italien, Frankreich, England oder Holland, und hat dort die Zahl der Organspenden erhöht.

Das Referendum

Trotz der breiten parlamentarischen Unterstützung für das Transplantationsgesetz hat ein Komitee das Referendum gegen die Gesetzesänderung ergriffen. Das Komitee wird u.a. von SVP, EVP, EDU sowie der Gruppierung «Freunde der Verfassung» unterstützt.

Das Transplantationsgesetz ist eine gute Nachricht für jede Person, die auf ein lebensrettendes Organ wartet – und dies kann potentiell jede:r von uns sein. Wir freuen uns, eine Mehrheit der Bevölkerung vom Sinn der Vorlage überzeugen zu können.

Empfehlung des Präsidiums: Ja-Parole.

BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG UND DIE UMSETZUNG DES NOTENAUSTAUSCHES ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DER EU BETREFFEND DIE ÜBERNAHME DER VERORDNUNG (EU) 2019/1896 ÜBER DIE EUROPÄISCHE GRENZ- UND KÜSTENWACHE UND ZUR AUFHEBUNG DER VERORDNUNGEN (EU) NR. 1052/2013 UND (EU) 2016/1624 (FRONTEX-REFERENDUM)

NEIN ZUR ABSCHOTTUNGSPOLITIK!

Über 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – mehr als je zuvor. Doch für Geflüchtete wird es immer schwieriger Schutz zu finden. Dafür trägt die Schweiz eine Mitverantwortung. Denn statt sich solidarisch zu zeigen, setzt die rechte Mehrheit alles daran, dass immer weniger Menschen den Weg in die Schweiz schaffen und hier Asyl erhalten. Aktuell soll die internationale «Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache» (Frontex) aufgestockt werden, obwohl sie immer wieder für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist und die Gelder auch zur Finanzierung von Internierungsgefängnissen verwendet werden. Die rechte Mehrheit im Parlament will, dass sich die Schweiz daran mit jährlich 61 Millionen Franken beteiligt. Dagegen hat ein Komitee unter Beteiligung der SP das Referendum ergriffen. Die Vorlage kommt am 15. Mai 2022 zur Abstimmung.

Recht auf Asyl stärken

Die Abschottungspolitik an den EU-Aussengrenzen führt dazu, dass immer weniger Menschen überhaupt den Weg in die Schweiz finden und hier Asyl beantragen können. Unser Asylrecht wird dadurch immer mehr zum toten Buchstaben. Die SP hat sich in parlamentarische Debatte dafür eingesetzt, dass mit der Frontex-Vorlage das Recht auf Asyl gestärkt wird. Es braucht endlich legale Fluchtwege, wenn wir Katastrophen wie die an der polnisch-weissrussischen Grenze zukünftig verhindern wollen. Die SP hat deshalb konkrete Vorschläge gemacht, wie die Schweiz mit Resettlement-Angeboten und humanitären Visa sowie der Wiedereinführung des Botschaftsasyls verletzte Menschen schützen kann. Doch die rechte Mehrheit wollte davon nichts wissen. Die nun vorliegende Frontex-Vorlage ist unausgeglichen und stärkt einzig die Abschottung.

Zurück an den Absender

Angesichts der rekordhohen Anzahl an Menschen, die aktuell vor Kriegen und Konflikten flüchten müssen, ist es beschämend, sind die rechten Parteien und der Bundesrat nicht gewillt, eigenständige Solidaritätsleistungen für legale Fluchtwege zu erbringen. Deshalb gehört die Vorlage zurück an den Absender.

Empfehlung des Präsidiums: Nein-Parole.

TRAKTANDUM 7: POLITISCHE AKTUALITÄT

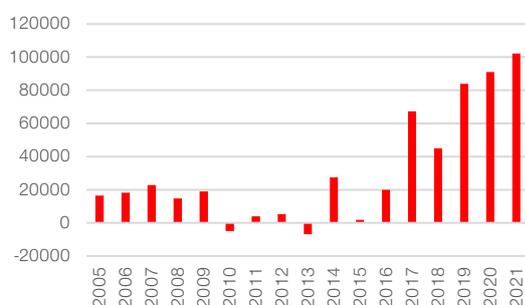
NATIONALBANK-GEWINNE FÜR DIE AHV! UNTERSTÜTZUNG DER VOLKSINITIATIVE DES SGB

Die Renten in der Altersvorsorge sinken, weil die Pensionskassen weniger leistungsfähig sind und weil die AHV-Renten mit den Löhnen nicht Schritt halten. Es braucht deshalb Rentenerhöhungen – wie die vom SGB geforderte 13. AHV-Rente. Das wird natürlich auch etwas kosten.

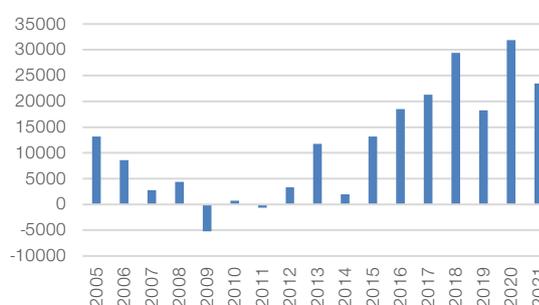
Statt dieses Problem zu lösen, wollen Arbeitgeber und bürgerliche Kreise das Rentenalter erhöhen. Dabei argumentieren sie vor allem mit der demografischen Alterung, welche bei der AHV zu Mehrausgaben und Defiziten führen würde.

Geld für Rentenerhöhungen ist in der Schweiz ausreichend vorhanden. So auch bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die mittlerweile über 1 Bio. Franken in Form von Aktien, Obligationen und Gold besitzt. In den Jahren 2016 bis 2021 resultierte daraus im Mittel ein Gewinn von über 26 Mrd. Franken pro Jahr – darunter nennenswerte Kursgewinne durch die tieferen Zinsen. Mittlerweile hat die SNB rund 100 Mrd. Franken in der so genannten Ausschüttungsreserve gebunkert. Das jährliche Gewinn- und Ausschüttungspotenzial bei einer Bilanzsumme von 1 Bio. Franken dürfte rund 8 bis 10 Mrd. Franken betragen (ohne Kurzgewinne, nach Rückstellungen).

Ausschüttungsreserve der SNB
(in Mio. Franken)



Jahresgewinn der SNB: 3-Jahres-Mittel
(in Mio. Franken)



Es ist sinnvoll, dass ein Teil der Erträge aus diesem Vermögen an die AHV fließt. Wenn die SNB in früheren Jahren besonders hohe Gewinne machte, wurde die AHV bereits beteiligt. So zum Beispiel im Jahr 2007, als die AHV 7 Mrd. Franken aus dem Verkauf der überschüssigen SNB-Goldreserven erhielt. Die Kantone sind heute mit 4 Mrd. Franken bereits sehr gut bedient und brauchen nicht mehr Geld aus der SNB. Eine Ausschüttung an die AHV ist auch deshalb gerechtfertigt, weil die Negativzinsen der SNB auch die Altersvorsorge treffen. Die Forderung, SNB-Geld an die AHV zu überweisen, ist entsprechend populär. Der Nationalrat hat sich beispielsweise dafür ausgesprochen, dass die Erträge der SNB aus den Negativzinsen an die AHV fließen sollen.

Heute sind die Gewinnausschüttungen in Art. 99 Abs. 4 der Bundesverfassung geregelt, der mindestens zwei Drittel der Gewinne den Kantonen zuweist. Das übrige Drittel geht – gemäss

Nationalbankgesetz – an den Bund. Wenn die AHV mehr als das Bundesdrittel erhalten soll, braucht es eine Verfassungsänderung.

Der SGB schlägt mit seinem Initiativprojekt vor, dass ein neuer Art. 99 Abs. 5 eingeführt wird. So, dass bei hohen Gewinnen und Ausschüttungsreserven ein Teil der SNB-Gewinne an die AHV ausgeschüttet wird – in Anlehnung an frühere Ausschüttungen an die AHV. Die Bestimmung in Abs. 5 ist bewusst offengehalten. Einerseits um eine politisch optimale Lösung zu finden, andererseits um zu signalisieren, dass damit nicht in die geldpolitischen Kompetenzen der SNB eingegriffen werden soll. Auch die Unabhängigkeit der SNB bleibt unangetastet. Der Initiativtext stellt einen direkten Bezug zur ausserordentlichen Situation der SNB her. Die Übergangsbestimmung konkretisiert den neuen Abs. 5. Er klärt, dass der Gesetzgeber für die Definition der «überdurchschnittlichen» Bilanzgewinne an die Zeit vor 2015 anknüpfen muss. Denn seit 2015 sind die Bilanzsumme und damit auch die Gewinne der SNB stark gestiegen. Die genauen Details sollen aber weiterhin dem Gesetzgeber überlassen werden. Weiter umfassen die Gewinnausschüttungen an die AHV mindestens die bisherigen Einnahmen aus den Negativzinsen von rund 11 Mrd. Franken – wie es bereits eine Mehrheit im Nationalrat wollte. Und die Kantone sollen ihren Besitzstand von 4 Mrd. Franken behalten. Schliesslich garantiert Abs. 3 der Übergangsbestimmung, dass die SNB-Gelder direkt der AHV zugewiesen werden und nicht mit dem Bundesanteil an die AHV-Finanzierung verrechnet werden können.

Die SGB-Delegiertenversammlung entscheidet am 11. Februar 2022 über den Initiativtext und die Lancierung. Das weitere Vorgehen wird im SGB-Vorstand festgelegt.

Art. 99 Abs. 5 BV (neu)

In Abweichung von Art. 99 Abs. 4 sind bei hohen Bilanzgewinnen der Schweizerischen Nationalbank Teile davon dem Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung gutzuschreiben.

Art. 197 BV Ziff. xx (neu) Übergangsbestimmung zu Art. 99 BV Abs. 5 (Geld- und Währungspolitik)

¹ Das Gesetz definiert den ausserordentlichen Verteilschlüssel unter Berücksichtigung der Bilanzgewinne vor 2015. Vorbehalten bleibt ein Anteil der Kantone von maximal 4 Milliarden Franken jährlich.

² Die ausserordentlichen Gewinnausschüttungen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung umfassen auch alle von der Schweizerischen Nationalbank seit 2015 bis zum Inkrafttreten von Artikel 99 Abs. 5 vereinnahmten Bruttoerträge aus Negativzinsen auf den von ihr geführten Girokonten.

³ Die ausserordentlichen Gewinnausschüttungen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung erfolgen zusätzlich zu Art. 112 Abs. 3 lit. b.

⁴ Artikel 99 Absatz 5 tritt spätestens zwei Jahre nach seiner Annahme durch Volk und Stände in Kraft. Falls die notwendige Ausführungsgesetzgebung bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfolgt ist, erlässt der Bundesrat Ausführungsbestimmungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung¹: Unterstützung der Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

¹ Die Unterstützung zur Lancierung von Volksinitiativen bedarf gemäss Statuten Art. 14, Abs. 7h eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

**TRAKTANDUM 8:
STRUKTURREFORM TEIL 2 «DIE SP DER ZUKUNFT GE-
STALTEN – WIR SCHAFFEN DIE ORGANISATORISCHEN
GRUNDLAGEN DAFÜR!»**

Zur Strukturreform Teil 2«Die SP der Zukunft gestalten – wir schaffen die organisatorischen Grundlagen dafür!» wurde ein separates Dokument mit allen eingegangenen Anträgen erstellt, welches unter www.spschweiz.ch/parteitag2022 zu finden ist.

Darin enthalten ist ebenfalls das detaillierte Abstimmungsprozedere.

WAHL FREIGEWÄHLTE PARTEIRATSMITGLIEDER

Gemäss den neuen Statuten, Artikel 14, Absatz 7f, ist der Parteitag für die Wahl der 10 frei gewählten Mitglieder des Parteirats zuständig.

Für diese 10 Sitze stellen sich folgende 9 Personen zur Wahl:

- Sina Eggimann
- Felix Hoesch
- Nadia Kuhn
- Carlo Lepori
- Hannah Pfalzgraf
- Aresu Rabbani
- Nicola Siegrist
- Nenad Stojanovic
- Renato Werndli

Die Lebensläufe und Motivationsschreiben sind auf den folgenden Seiten zu finden.

Den freien Sitz werden wir nochmals ausschreiben und am Parteitag von Ende Oktober 2022 wählen.

KANDIDATUR SINA EGGIMANN

Motivationsschreiben

Liebe Genoss:innen

Gerne würde ich hier von vielen Jahren Erfahrung in der Politik schreiben. Leider kann ich dies (noch) nicht tun. Warum kandidiere ich trotzdem für den Parteirat der SP Schweiz? Ganz einfach: Um als Mensch mit Behinderungen für die Rechte einer politisch stark untervertretenen Gruppe der Bevölkerung einzustehen und somit deren Vielfalt besser abzubilden.

Als Mensch mit Behinderungen haben politische Entscheide auch ausserhalb der Pandemie einen sehr grossen Einfluss auf mein Leben. In der UN-Behindertenrechtskonvention ist deshalb der Grundsatz «nicht über uns ohne uns» festgelegt. Trotzdem sind Menschen mit Behinderungen eher selten in politischen Entscheidungsgremien anzutreffen, da neben dem komplexen Alltag oft die Kapazität für zusätzliche Aufgaben fehlt. Dies muss sich ändern und deshalb habe ich mich entschieden, politisch aktiv zu werden. Die SP mit ihrem inklusiven Slogan «für alle statt für wenige» passt dazu ideal.

Gerne möchte ich mithelfen, das Bild von Menschen mit Behinderungen in der öffentlichen Wahrnehmung zum Positiven zu verändern. In einem Land, in dem die staatliche Versicherung das Wort «Invalide» beinhaltet, dessen Herkunft bei Bezeichnungen wie «schwach/krank» oder sogar «wertlos» liegt, ist dies dringend nötig. Wir sind Menschen mit Behinderungen, wobei die Behinderungen einerseits in unserer Beeinträchtigung, andererseits aber auch bei äusseren Umständen liegen können. Diese Hindernisse durch äussere Umstände gilt es abzubauen, um eine inklusive Gesellschaft für wirklich alle zu ermöglichen. Dafür möchte ich mich gerne einsetzen.

Ich bin aber noch viel mehr als «nur» ein Mensch mit Behinderungen. Ich bin Arbeitgeberin persönlicher Assistenz und Betriebsökonomin mit Lehrdiplom für den Unterricht an Berufsfachschulen und vielseitig interessiert. Neben der Verbesserung der Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen ist mir die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ein sehr wichtiges Anliegen. Dazu braucht es interessante Teilzeitarbeitsmodelle für Mütter wie auch für Väter, bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung und eine Aufwertung der Care-Arbeit. Auch weitere sozialpolitische Themen wie beispielsweise finanzielle Entlastungen für von Armut betroffenen Familien und faire Lösungen für die Altersvorsorge, sind mir wichtige Anliegen.

Es ist mir eine Freude, dass die SP St. Gallen meine Kandidatur unterstützt und es wäre mir eine Ehre, als frei gewähltes Mitglied des Parteirats der SP zu diesen wichtigen Zielen beizutragen. Besten Dank für euer Vertrauen.

Solidarische Grüsse

Sina Eggimann



Sina Eggimann

Lebenslauf



Jahrgang
1985

Wohnort
8640 Rapperswil SG

E-Mail
sina.eggimann@gmx.ch

Tätigkeiten

- Seit 2020 **Geschäftsstellenleiterin**
Verein Tagesfamilien Rapperswil-Jona (familienergänzende Kinderbetreuung)
- Seit 2020/2021 **Vizepräsidentin & Vorstandsmitglied, Ressort Politik**
Schweizerische Muskelgesellschaft, Zürich
(seit 2020 im Vorstand, seit 2021 Vizepräsidentin)
- Seit 2020 **Revisorin**
InVIEduat, Bern (Branchenorganisation für Arbeitgebende persönlicher Assistenz)
- Seit 2019 **Arbeitgeberin persönlicher Assistenz** von aktuell acht Mitarbeitenden
- 2011-2017 **Financial Reporting Analyst**
responsAbility Investments AG, Zürich
- 2003-2008 **Berufslehre Kauffrau EFZ und Assistentin Anlageberatung**
Glarner Kantonalbank, Glarus

Ausbildungen

- 2014-2017 **Teilzeitstudium Lehrdiplom Wirtschaft und Gesellschaft (W&G)**
Pädagogische Hochschule Zürich, Zürich

Abschluss: Lehrdiplom für den Unterricht an Berufsfachschulen in Wirtschaft & Gesellschaft
- 2008-2011 **Vollzeitstudium Betriebsökonomie**
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Winterthur

Abschluss: Bachelor of Science ZFH in Betriebsökonomie
Bachelor-Arbeit: «Handicap im Marketing – Eine Marktforschungsstudie zur Wirkung von Frauen mit einer Behinderung als Testimonial»
Management Summary veröffentlicht in der «Sammlung Bachelor-Arbeiten 2011»
- 2003-2006 **Berufslehre Kauffrau EFZ mit Berufsmaturität**
- 2001-2003 **Diplommittelschule**, Glarus
- 1998-2001 **Sekundarschule**, Niederurnen

Kurse

- 2022 **politinklusiv - politische Weiterbildung für Menschen mit Behinderungen**
Pro Infirmis, Zürich
- 2021 **«Wir vertreten uns selbst!»** Fachkurs zur UNO-BRK für SelbstvertreterInnen
Sensability – Experten für Inklusion, Bern

KANDIDATUR FELIX HOESCH

Motivationsschreiben

Liebe Genossinnen und Genossen

care compagne, cari compagni

chers et chères camarades

Die Parlamentsarbeit überzeugt mich. So bin ich seit gut sieben Jahren **Kantonsrat** in Zürich. Diese Arbeit macht mir viel Spass und füllt mich so aus, dass ich neben meiner vielseitigen **Parteiarbeit** keiner weiteren Erwerbsarbeit nachgehe. Dieses Engagement will ich im **Parteirat** gerne ausbauen.

Mit **Pandemia Parliament** habe ich noch einen weiteren Bezug zur Parlamentsarbeit. Seit dem ersten Shutdown der Coronapandemie erarbeiten wir in einem kleinen Team eine Lösung, um Parlamente virtuell zu betreiben. Diese Erfahrungen will ich gerne im Parteirat einbringen. Erstens durch die Möglichkeit auch hier Sitzungen ohne physische Reisen zu ermöglichen und zweitens da ich mir bei der konzeptionellen Erarbeitung auch viele Gedanken zur Arbeit in Parlamenten gemacht habe.

Im **Parteirat** will ich mich inhaltlich auf diese **Themen** fokussieren:

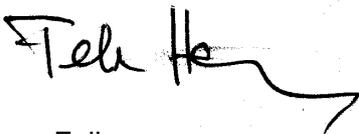
Die **Umweltpolitik** ist mir schon immer eine Herzensangelegenheit. Die SP ist die älteste und grösste grüne Partei und das soll sie auch immer wieder zeigen. Meine Kompetenz in diesem breiten Themenfeld, insbesondere in der Verkehrspolitik die ich als Verkehrsplaner am besten kenne, will ich gerne im Parteirat einbringen.

Die **Digitalisierung** beschäftigt uns alle täglich. Mir bereitet sie viel Freude und als Informatiker kann ich uns alle darin auch weiterentwickeln. Dabei gehen mir dank der SP auch nie diejenigen vergessen, die in der neuen Welt mehr Gefahren als Chancen sehen.

Im Vorstand der **SP Migrant:innen** Zürich engagiere ich mich als Secondo für die Menschen, die in der Schweiz kein Stimmrecht haben und zu oft vergessen gehen. Auch in der Partei geben wir Mitglieder mit Migrationshintergrund einen wichtigen Aspekt der **Diversität** ein, der in allen Gremien der SP Bedeutung haben soll.

Darum bewerbe ich mich für einen der zehn frei gewählten Sitzen im **Parteirat** und danke für Deine Stimme. Dann freue ich mich in diesem neuen Parteigremium von Anfang an unsere Strukturen für uns alle geeignet zu gestalten.

Solidarische Grüsse



Felix

Lebenslauf

1. Personalien

Name	Felix Hoesch	Geburtsdatum	30.10.1970
Adresse	Waffenplatzstrasse 74 8002 Zürich	Geburtsort	Zürich
Mobil	+41 79 409 05 92	Bürgerort	Zürich
Mail	felix@hoesch.ch	Einbürgerung	20.04.2007
Web	felix.hoesch.ch	Ursprung	Secondo aus Deutschland
		Zivilstand	Verheiratet



Mit einem vielseitigen Hintergrund mit mehreren Ausbildungen und Erfahrungen will ich in der Geschäftsleitung die ökosoziale Wende bewirken und mitarbeiten, dass die SP in allen Themengebieten die Gestaltungskraft behält.



2. Berufliche Tätigkeiten

2020 –	Pandemia Parlament Co-Projektleiter des Open-Source Projekts um Parlamente auch in Notsituationen zum Tag zu bringen – online Fachliche Inputs, Öffentlichkeitsarbeit, Funding
2017 – 2018	Senozon AG in Zürich Account Manager im Bereich Verkehr
2014 –	Kantonsrat (SP); Mitglied der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt
2014 – 2016	Consor AG in Zürich Quality Assurance; Testing; Releaseplanung; Releaseauslieferung; Kundenbetreuung; Anforderungsanalyse
2012 – 2014	SWISSTRAFFIC AG in Ittigen (BE) Verkehrsanalysen; Tracking und Auswertung von Mobiltelefonaten zur Bestimmung von Verkehrsflüssen; Programmierung der Analyse und Darstellung des Trackings in Java; Bestimmung der Fussgängersicherheit an Zebrastreifen
2000 – 2009	Consor AG in Zürich Programmierung in Java und MS-Access; Erstellung regelbasierter individueller Versicherungspolice; Workshops zur Anforderungsoptimierung und –umsetzung von Regeln, Designs, Texten und Abläufen
1997 – 2000	Allianz (Schweiz) AG Programmierung an der Verwaltung der Pensionskassenapplikation (BVG) in A Programming Language (APL)

3. Sprachen

- Deutsch
- Englisch
- Französisch
- Java
- APL

4. Bildung

- 2009 – 2011 Masterstudium in Public Planning (Raum- und Verkehrsplanung) an der Hochschule für Technik Rapperswil
- 2000 – 2005 Informatik an der Hochschule für Technik in Zürich
- 1995 – 1997 Maschinenbaustudium an der ETH Zürich
- 1991 – 1995 Physikstudium an der Universität Zürich mit abgeschlossenem 1. Vordiplom
- 1986 – 1991 Gymnasium mit Matura Typus C am Freien Gymnasium in Zürich
- 1976 – 1986 Primar- und Sekundarschule in Oberengstringen und Zürich

5. Weitere Erfahrungsfelder

- 2007 – Mitglied der SP
- 2008 – • Vorstand SP Zürich 11
- 2014 – 2018 • Präsident SP Zürich 11
- 2011 – 2018 • Mitglied Geschäftsleitung SP Stadt Zürich
- 2012 – • Mitglied Umweltkommission
- 2016 – • Vorstand SP Migrant*innen ZH
- 2017 – • Mitglied Digitalisierungskom.
- 2020 – • Co-Präsi Digitalisierungskom.
- 2018 – Vizepräsident Verein «Ja zum Seeuferweg»
- 2018 – Mitglied im Alpenrat der Alpen-Initiative
- 2019 – Vorstand Zürich Erneuerbar
- 2020 – Vorstand Planungsdachverband Region Zürich und Umgebung
- 1987 – 1996 Pfadfinder beim Glockenhof Vom Butzli zum Korpsquartiermeister und damit den Einstieg in das Vereinsleben und die Informatik

- felixhoesch
- Felix_Hoesch
- hoesch.ch/kr
- FelixZRH
- felix.hoesch
- felixzrh

KANDIDATUR NADIA KUHN

Motivationsschreiben

Liebe Genoss*innen

Vor einigen Wochen sprach mich ein Kommilitone auf meinen feministischen Streik-Button an und fragte mich, ob ich wirklich der Meinung sei, Feminismus brauche es heute noch. Wir hätten doch schon längst Gleichstellung, und überhaupt, vielleicht sei diese übrig gebliebene Ungleichheit natürlich, ob ich daran nicht schon mal gedacht hätte?

Diese Argumentation kam mir nur allzu vertraut vor. Bürgerliche Politiker*innen finden schon seit Jahren, jetzt sei doch langsam genug getan worden – sei es in Bezug auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Umweltschutz, Ausbau des Sozialstaates oder Diskriminierungs-bekämpfung.

„Arbeitszeitverkürzung? Wollt ihr denn die Wirtschaft zerstören? Lohnanalysen, um den Gender Pay Gap zu beheben? Viel zu bürokratisch! Diskriminierungsschutz für queere Menschen oder ein Verbot von Racial Profiling – ist das wirklich nötig? In anderen Ländern ist die Situation doch noch viel schlimmer! Und überhaupt: wie viel wollt ihr denn noch?“

Nun, liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich kann diese Frage beantworten. Ich will eine offene Welt ohne Grenzen, eine Welt, in der es keinen Grund zur Flucht mehr gibt oder Flüchtende zumindest mit offenen Armen empfangen werden. Ich will eine Gesellschaft, die allen Menschen ein Leben in Freiheit und Würde garantiert. Eine Welt, in der die Wirtschaft den Menschen dient und nicht umgekehrt und in der anstelle eines blinden Wachstumsglaubens und Profitstrebens die Vereinbarkeit von Produktion und Umweltschutz im Zentrum stehen. Eine Welt, in der Care Arbeit als Arbeit anerkannt wird und nicht auf Individuen abgewälzt wird. Ich will eine Welt, in der Leistungsdruck und Burn out veraltete Konzepte sind, die nur noch für Historiker*innen interessant sind und in der Menschen mit psychischen und physischen Krankheiten nicht stigmatisiert, sondern in die Gesellschaft inkludiert werden.

Ist das alles radikal? Vermutlich. Aber die Probleme, vor denen wir stehen – Klima- und Biodiversitätskrise, Care Krise, erstarkender Rechtsradikalismus, um nur einige zu nennen – erfordern auch radikales Handeln. Und die Zeit spielt gegen uns: Wenn wir das 1.5°C-Ziel einhalten wollen, bleiben uns bei den aktuellen Emissionen noch 7.5 Jahre – dann müssen die Emissionen weltweit netto Null betragen². Für die Einhaltung des 2°C-Ziels bleiben noch etwas mehr als 25 Jahre. Aber trotzdem steigen die Emissionen weiter an.

Als Vertreterin einer jungen Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise mit Sicherheit selbst erfahren wird und als Studentin in Umweltnaturwissenschaften hat die Bekämpfung der Klimakrise für mich oberste Priorität. Genau deshalb engagierte ich mich bei seinem Aufkommen intensiv in der Klimastreikbewegung und konnte dabei wichtige Netzwerke knüpfen. Für die Bekämpfung der Klimakrise möchte ich mich auch im Parteirat der SP Schweiz einsetzen. So will ich die grösste Bedrohung für die Zivilisation wie wir sie kennen und die aktuell stärkste Bewegung dagegen stärker in der SP verankern.

Aber auch die Gleichstellung aller Geschlechter muss eine der zentralsten Forderungen der Sozialdemokratie sein. Wie in der Klimabewegung liegt in der feministischen Bewegung ein enormen

² Siehe Remaining Carbon Budget, Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change

Transformationspotential für unsere Gesellschaft und die politischen Institutionen. Dieses Potential müssen wir als SP nutzen und ich bin überzeugt, dass ich die strategischen Entscheidungen, welche im Parteirat getroffen werden sollen, mit diesen Perspektiven erweitern kann.

Zu guter Letzt bin ich zurzeit keine gewählte Parlamentarierin – im Gegensatz zu vielen Präsidien der Kantonalparteien, Themenkommissionen oder Organen. Ich entspreche damit den grossen Mehrheit der Zehntausenden von Basismitgliedern der SP, welche ebenfalls in keinem Rat sitzen. Die Sichtweise auf politische Geschäfte von ausserhalb der Parlamente ist eine, welche in der SP heute zu wenig Gewicht erhält. Auch dies möchte ich in den Parteirat tragen.

Wie der Parteirat genau funktionieren wird, kann aktuell noch niemand abschliessend sagen. Er wird sich mit all seinen Mitgliedern noch finden müssen. Klar ist aber jetzt schon, dass er für mittelfristige Entscheidungen zuständig sein wird, für strategische Diskussionen und für die Fragen, welche über das Tagesgeschäft hinaus gehen. Ich möchte darin als Freigewählte meine Rolle in den neuen Parteistrukturen einnehmen und nicht zu Letzt auch mit konstruktiv-kritischem Blick auf die Gremien wie das Präsidium und die Fraktion schauen. Kurzum: Ich möchte dazu beitragen, dass die neue Struktur auch tatsächlich zu mehr Demokratie in unserer Partei führt.

Aus dieser Motivation kandidiere ich für den Parteirat der SP Schweiz. Gerne will ich meine Energie und meine Erfahrung einbringen und gemeinsam mit euch die vielen anstehenden Projekte anpacken.

Ich freue mich über eure Unterstützung!

Solidarisch,

Nadia Kuhn



NADIA KUHN

Seestrasse 2
8124 Maur

079 386 34 58
nadia.kuhn@protonmail.ch

SPRACHEN

Deutsch ———●
Englisch ———●
Französisch ———●

IT-SKILLS

Wordpress ———●
Indesign ———●
Illustrator ———●
Premiere ———●
Photoshop ———●
Python ———●

POLITISCHES ENGAGEMENT

- 10/2021 - GL SP Frauen Schweiz
heute
- 03/2018 - Co-Präsidentin JUSO Kanton Zürich
03/2021 Planung und Durchführung diverser Lager, Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen; darunter Kantons- und Nationalratswahlen sowie die Abstimmungskampagne Entlastungsinitiative
- 02/2017 - Co-Präsidentin JUSO Zürich Oberland
02/2018 Planung und Durchführung Gemeinderatswahlkampf in Uster und Maur, Organisation diverser kleinerer Aktionen und Veranstaltungen
- 02/2016 - Vorstandsmitglied JUSO Zürich Oberland
03/2019

ARBEITSERFAHRUNG

- 11/2019 - Politische Sekretärin GSoA
09/2021 Koordination der Unterschriftensammlung und Ausarbeitung der Social Media Kampagne Kampfet-Referendum, Kampagnenleitung Kriegsgeschäfte-Initiative, Verantwortung deutsche Social Media Kanäle, diverse weitere inhaltliche und administrative Aufgaben
- 03/2021 - Kampagnenleiterin Linkes Komitee gegen
07/2021 das Polizeimassnahmengesetz
Konzeptualisierung, Ausarbeitung und Umsetzung der gemeinsamen Kampagne von SP, Grünen, JUSO, Jungen Grünen und GSoA.
- 07/2019 - Praktikum TERRE DES FEMMES Schweiz
12/2019 Mitarbeit im institutionellen Fundraising, Ausarbeitung eines Direct Mailings, Betreuung von Gönner*innen, Entwicklung von Give-Aways, administrative Mitarbeit

AUS- UND WEITERBILDUNG

- 09/2021 - Studium Umweltwissenschaften
heute ETH Zürich
- 09/2020 - Studium Soziologie & Umweltwissenschaften
09/2021 Universität Zürich
- 08/2018 Campaign Bootcamp Switzerland
- 08/2015 - Atelierschule Zürich, Schwerpunkt Biochemie
08/2019

KANDIDATUR CARLO LEPORI

Motivationsschreiben

Roveredo Capriasca, den 9. Dezember 2021

Care compagne, cari compagni

Die italienischsprachige Schweiz entsendet aktuell nur wenige Vertreter:innen nach Bundesbern. Im Moment sind wir von Jon Pult aus Graubünden im Vizepräsidium vertreten und das Tessin ist seit dem Rücktritt von Marina Carobbio gar nicht mehr in der Parteileitung dabei.

Im Tessin sind die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit – Lohndumping und höhere Arbeitslosigkeit – besonders verbreitet. Die Armutsquote im Tessin ist doppelt so hoch als der schweizerische Durchschnitt. Diese prekäre Situation führt dazu, dass in den letzten Jahren Hunderte junger Menschen aus dem Tessin in die Deutschschweiz und Romandie weggezogen sind. Und gerade jetzt, wo überall grosse zusätzliche Ausgaben vorgeschlagen werden, wollen die Bürgerlichen, trotz des positiven Einsatzes finanzieller Hilfsmittel gegen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, bis 2025 die Staatsrechnung ohne neue Einnahmen sanieren.

In diesem Kontext ist eine starke und profilierte SP Tessin wichtig, welche Lösungen für diese Probleme aufzeigt und umsetzt. Eine SP Tessin, welche nicht alleine ist, sondern aktiv mit der SP Schweiz zusammenarbeitet und Lösungen auch auf nationaler Ebene fördert. Die SP Tessin wird aber nur mit zwei Genoss:innen (eine Vertretung der Kantonalpartei und eine Vertretung der Stadtpartei Lugano) im neuen Parteirat präsent sein.

Eine Tessiner Vertretung ist besonders wichtig, um auch die nationalen Kampagnen ans Tessin anzupassen, da sich der politische Kontext stark unterscheidet von der Situation in den anderen Regionen der Schweiz. So ist zum Beispiel die Medienlandschaft noch viel stärker durch die Bürgerlichen dominiert, und die Linken kommen kaum zu Wort. Als Mitglied der Tessiner Geschäftsleitung würde ich deshalb gerne die Svizzera italiana im Parteirat vertreten.

Als ehemaliger Co-Präsident der SP60+ habe ich schon zahlreiche Erfahrungen auf nationaler Ebene gesammelt.

Über eure Unterstützung würde ich mich sehr freuen.

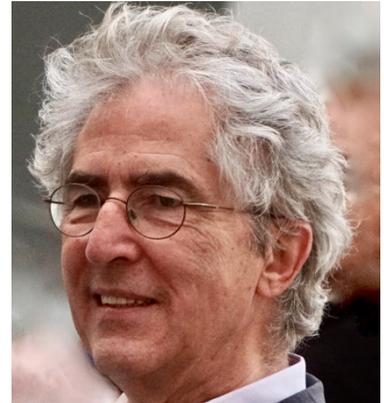
Grazie e saluti solidali,



Lebenslauf

Persönliche Daten

Name	Carlo Lepori
Adresse	via Ernest Bloch 79 6957 Roveredo TI
Mobil	+41 79 372 3595
E-Mail	carlo.lepori@bluewin.ch
Geburtsdatum	9. Dezember 1947
Heimatort	Capriasca, TI
Familienstand	Verheiratet mit zwei erwachsenen Töchtern



Berufserfahrung und Bildung

1988 – 2012	Co-Direktor von IDSIA (Istituto Dalle Molle di Studi sull'Intelligenza Artificiale) Lugano
1980 – 2012	Physiklehrer am Liceo Lugano und am Technikum Lugano, Professor für Informatik an der FH der italienischen Schweiz (SUPSI)
1966 – 1978	Studium an der ETH Zürich: dipl. theoretische Physik, dr. sc. nat

Politisches Engagement

2012 –	Direzione (Geschäftsleitung) del PS Ticino (zum Teil Vizepräsident und Präsident ad interim)
2012 – 2021	Co-Präsident der SP60+ Schweiz
2007 –	Gran Consiglio del Canton Ticino (Kantonsrat)
2001 – 2012	Municipio (Exekutive) di Capriasca TI
1996 – 2009	Zivildienst: Zulassungskommission
1994 –	Alpeninitiative: Vorstand und Alpen-Rat
1990 – 1999	Vorstand VCS-ATA Schweiz

KANDIDATUR HANNAH PFALZGRAF

Motivationsschreiben

Liebe Genoss*innen

Wie bei so vielen Mitgliedern dieser Partei steht bei mir zu Beginn meines politischen Engagements ein Abstimmungssonntag geprägt von rechter Angstmacherei und Fremdenfeindlichkeit. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat mich derart machtlos fühlen lassen, dass ich mich noch am nächsten Tag bei der JUSO und wenige Monate später bei meiner SP-Sektion im Zürcher Säuliamt angemeldet habe.

Seit diesem Moment ist die Arbeit in der SP und der JUSO ein fester Bestandteil meines Lebens. Ich konnte in den letzten Jahren viele Erfahrungen in unterschiedlichen Gremien der Partei sammeln. Von Aktivismus auf der Strasse über emotionale Budgetdebatten im Kantonsrat, Flyern im Morgengrauen am Bahnhof Mettmenstetten, strategische und aktivistische Mitarbeit im Wahlkampf bis hin zu nächtelangen Vorstandssitzungen. Auch wenn diese Arbeit zwar immer wieder anstrengend und aufwendig ist, so ist sie doch auch unglaublich motivierend und bestärkend. Denn ich bin überzeugt davon, dass wir gemeinsam einen linken Aufbruch schaffen können. Und dieser ist nötiger denn je.

Wir befinden uns nicht nur in einer, sondern in multiplen Krisen. Sei es die Klimakrise, die Corona-Pandemie, die Abschottungspolitik Europas, der Kapitalismus. Wir sind die einzige Partei, welche die richtigen Antworten auf diese drängenden Probleme unserer Zeit hat. Wir sind die einzige Partei, welche sich für soziale und globale Gerechtigkeit, für tatsächliche Gleichstellung und für konsequenten Klimaschutz einsetzt. Wir sind die einzige Partei, welche ohne Kompromisse Politik für die Menschen statt für das Kapital macht. Wir sind die einzige Partei, welche konsequent und umfassend für eine Alternative kämpft.

Unsere Partei ist all das, weil unzählige Aktivist*innen tagtäglich gemeinsam für die Vision einer solidarischen, feministischen und ökologischen Gesellschaft kämpfen. Mit eurem Vertrauen, liebe Genoss*innen, möchte ich gerne meinen Teil zu diesem Kampf beitragen. Aus diesem Grund kandidiere ich für den Parteirat der SP Schweiz. Ich bin mehr als motiviert, in diesem Gremium meine gesammelten Erfahrungen und Fähigkeiten einzubringen, neues zu lernen und die sozialistische Bewegung zu stärken.

Solidarische Grüsse

Hannah

AUSBILDUNG

- 2017-2020 Hochschule Gestaltung und Kunst
Basel, Bachelor in Kunstvermittlung
- 2012-2016 Kantonsschule Stadelhofen,
Schwerpunkt Bildnerisches Gestalten
- 2009-2012 Sekundarschule in Mettmenstetten
- 2003-2009 Primarschule in Mettmenstetten

ARBEITEN

- Seit 11.2021 Mitarbeiterin in der Mikrobiologie der
LG1 (Corona-Aushilfe)
- 2021 Leiterin Social-Media-Kampagne
der 99%-Initiative der JUSO
- Seit 2017 Mitglied Leitungsteam im
Jugendzirkus Robiano
- 2016-2017 Praktikum bei Roland Taennler und
Christian Senti als Fotoassistentz
- 2015 Wahlkampfleiterin Nationalratswahlen
für Fabian Molina



CV

Hannah Pfalzgraf
Bertastrasse 23, 8003 Zürich
079 435 49 25
hannah.p@bluewin.ch
09.03.1997

SPRACHEN

- Deutsch Muttersprache
- Englisch fließend mündlich und schriftlich
- Französisch Maturitätsstufe

POLITIK

- Seit 2018 Kantonsrätin in Zürich für die SP
- 2018-2020 Delegierte SP Schweiz
- 2017 Vorständin JUSO Kanton Zürich
- Seit 2015 Vorständin SP Bezirk Affoltern
- 2015-2017 Vorständin JUSO Stadt Zürich
- Seit 2014 Mitglied in der JUSO und SP

ENGAGEMENT

- 2019 Kandidatin für den Nationalrat
- Seit 2018 Mitorganisation des JUSO
Osterlagers
- Seit 2017 Diverse Grafik- und Videoarbeiten
für SP und JUSO
- Seit 2015 Mitarbeit in diversen Wahl- und
Abstimmungskämpfen

KANDIDATUR ARESU RABBANI

Motivationsschreiben



Ich bin Aresu Rabbani, 26 Jahre alt, nach der Matura studierte ich Biomedizin und Humangeographie in Zürich. Geboren bin ich in Afghanistan und seit 2008 bin ich mit meiner Mutter in der Schweiz. Von Anfang an setzte ich mich politisch und humanitär für die Menschenrechte in Afghanistan und in der Schweiz ein. Zum Beispiel im Vorstand SP Migrant:innen Zürich & bei NGOs wie AsyLex (Rechtsberatung im Asylrecht).

Für mich ist es sehr wichtig, dass alle Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in einer Gesellschaft leben, in der sie sich zu Hause fühlen und gleichberechtigt behandelt werden.

Dank meines Hintergrunds kenne ich die Schwierigkeiten von Migrant:innen, die ihr Herkunftsland zurücklassen mussten, um einen sicheren Ort zu finden, wo ihre Kinder aufwachsen können.

Über mein Herkunftsland Afghanistan weiss ich sehr viel, und ich betrachte mich als eine der Personen, die viel dazu beitragen können, das Leben unserer Migrant:innen, insbesondere derjenigen aus Afghanistan, in der Schweiz zu verbessern.

Ich bin im Kanton Tessin aufgewachsen und habe im Kanton Zürich studiert. Daher hatte ich die Gelegenheit, die Unterschiede in der Behandlung von Migrant:innen in verschiedenen Schweizer Kantonen zu vergleichen. Mein Ziel ist es, die Situation von Migrant:innen in unterschiedlichen Kantonen zu verbessern, um ein gleichberechtigtes System für alle zu schaffen.

In der Schweiz ist die Situation für Migrant:innen relativ gut, aber in vielen Bereichen im Land gibt es so viele Aspekte, die noch verbessert werden könnten. Deshalb investiere ich meine Zeit und Energie, um eine Gesellschaft zu schaffen, die für alle fairer ist!

Lebenslauf



Persönliche Daten

Name: **Rabbani**
 Vorname: **Aresu**
 Adresse: Herbstweg 96, 8050 Zürich
 Telefon: +4176 593 43 99
 E-Mail: rabbani.aresu@gmail.com
 Geburtsdatum: 01.01.1995
 Nationalität: Schweiz / Afghanistan

Ausbildung

06/2021 Weiterbildung in «Notfallsituationen im Akutspital»
 04/2021 Weiterbildung in «Injektionen und Infusionen»
 2020 Universität Zürich – BSc Geographie
 2016 – 2019 Universität Zürich – BSc Biomedizin
 2012 – 2016 Gymnasium «Liceo Cantonale di Mendrisio»
 2010 – 2012 Scuola Media Chiasso

Politische Erfahrungen

Parteivorstand SP Migrant:innen
 Delegiert SP Kreis 12 Zürich

Berufliche Erfahrungen

2021 **Medizinische Praxisassistentin**
 Universitätsspital Zürich (USZ)
 2021 **Praktikantin**
 Hebammenpraxis Zürich
 2021 **Impfpersonal**
 Impfzentrum Messe Zürich
 2021 **Sitzwache**
 Universitätsspital Zürich (USZ)
 2018 - 2020 **Studentenjob**
 Hauptbibliothek Universität Zürich (HBZ)
 Medicine Careum Library (UZH)
 Seit 10/2017 Übersetzerin & Dolmetscher
AsyLex NGO
 2015 **Praktikantin im Labor**
 Pharmazeutisches Industrieunternehmen
 Sintetica SA Mendrisio
 2013 **Praktikantin - Sekretariat Dr. Mendoza**
 Ospedale San Giovanni, Bellinzona TI

KANDIDATUR NICOLA SIEGRIST

Motivationsschreiben

Liebe Genoss*innen

Mit der Reform der Parteistrukturen macht die SP Schweiz einen grossen Schritt. Die neuen Strukturen versprechen mehr Demokratie und Einbezug, insbesondere der Kantonalparteien und bisherigen Fachkommissionen. Es werden aber auch Prozesse verschlankt, wo dies sinnvoll scheint. Neben dem Ziel des Präsidiums, mit den Strukturen neue Ressourcen und eine bessere Koordination innerhalb der Partei zu schaffen, stand für mich immer auch ein weiteres Ziel im Zentrum: die neue Struktur soll ermächtigen! Mit der Reform muss auch ein Aufbruch für die Basismitglieder passieren. Dies habe ich intensiv mit Diskussionen und Anträgen in der Geschäftsleitung und am Parteitag versucht einzubringen. Nun da diese Struktur steht, möchte ich mich – auch im Hinblick auf den Rücktritt aus dem Vizepräsidium der JUSO – für einen Sitz im Parteirat bewerben:

Die Ausgangslage könnte kaum spannender aber auch kaum schwieriger sein. Wir stecken in unstillen Zeiten, in einem Zeitalter des Umbruchs. Der Vordenker Antonio Gramsci brachte es richtig auf den Punkt: „Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren. Es ist die Zeit der Monster“.

Es sind so auch die grossen Krisen unserer Zeit, welche meinen politischen Alltag prägen: die Pandemie, die Klimakrise, die wachsende Ungleichheit, international und hier in der Schweiz, das Erstarken der radikalen Rechten, die wachsende geschlechtsspezifische Gewalt. Auf all diese Bedrohungen braucht die SP eine Antwort und nur ein umfassendes und in seinem Kern soziales Gesellschaftsprojekt kann solch eine Antwort liefern. Heute kann die SP diese umfassende Antwort noch nicht anbieten. Das muss sich ändern.

Ich möchte daran mitarbeiten, wenn der Parteirat als neues strategisches Gremium der Partei diese Antworten sucht. Dabei will ich insbesondere auch dazu beitragen, dass der Parteirat seine angedachte Funktion erfüllt. Auf keinen Fall darf auch der Parteirat zu einem Abnickgremium verkommen, welches auf die Vorschläge des Präsidiums und des Sekretariats wartet um diese kritiklos zu genehmigen. Im Gegenteil: mein Anspruch an diese neue Struktur ist, dass im Parteirat viele neue Projekte lanciert und hitzige Debatten geführt werden, dass die Arbeit des Präsidiums und der Fraktion gewürdigt, aber auch stets kritisch hinterfragt wird. Der Parteirat soll endlich den Raum schaffen für die Diskussionen, welche wir als Gesamtpartei schon lange führen sollten, die aber bis heute in zu kleinen Gruppen und allzu häufig hinter verschlossener Türe geführt wurden.

Ich kandidiere deshalb als Freigewählter für den Parteirat, um diesen mit Leben zu füllen und dabei die Antworten auf die grossen Krisen unserer Zeit zu entwickeln. Dafür möchte ich meine Erfahrungen der letzten Jahre im Parlament, in der Klimabewegung sowie in der JUSO und der SP Schweiz zugunsten unserer gemeinsamen Ziele einsetzen.

Solidarisch

Nicola Siegrist

Lebenslauf

Nicola Siegrist

Rötelstrasse 27, 8006 Zürich

078 944 01 00

nicola.siegrist@juso.ch

07. Dezember 1996



POLITIK & AKTIVISMUS

Seit 2019 Kantonsrat SP/JUSO Zürich

Seit 2019 Vizepräsident JUSO Schweiz

Seit 2019 Geschäftsleitung SP Schweiz

Seit 2019 Aktiv in der Klimastreikbewegung

Seit 2018 Vorstand SP Kreis 10 Zürich

2017 – 2019 Co-Präsident JUSO Stadt Zürich

Seit 2017 Aktiv im Salecinarat (Bildungs- und Ferienzentrum Engadin)

2016 Eintritt SP

2015 Eintritt JUSO

AUSBILDUNG & LOHNARBEIT

Seit 2017 Studium Geographie und Raumplanung UZH & ETH

2016 Informatik-Praktikum Hitouch AG

2015 Abschluss Gymnasium

SPRACHEN

Deutsch: Muttersprache

Englisch: fließend mündlich und schriftlich

Französisch: gute Kenntnisse

KANDIDATUR NENAD STOJANOVIC

Motivationsschreiben

«Una questione di principi, convinzioni e, non da ultimo, ideali». Con questa frase avevo brevemente motivato la mia domanda d'adesione al Partito socialista svizzero, a fine marzo 2003.

È difficile spiegare in poche parole cosa mi abbia spinto ad impegnarmi in politica. Sin da piccolo seguivo le faccende politiche. A 14 anni ho partecipato per la prima volta al raduno di un partito. Era un partito riformista, di impronta socialdemocratica, contrario ai nazionalismi. Correva l'autunno del 1990 ed eravamo nel mezzo della campagna elettorale per le cosiddette «prime elezioni democratiche del Dopoguerra» in Bosnia ed Erzegovina. Il divario che divideva le forze politiche non era fra destra e sinistra bensì quello fra partiti nazionalisti e «civici», avversari del nazionalismo. Ricordo ancora le discussioni a scuola, a Sarajevo, quando sembrava che tutti fossero contrari ai nazionalismi vari. Il risultato di quelle elezioni è stato però un vero choc: i tre partiti nazionalisti avevano ottenuto circa il 75% dei consensi. Solo due anni dopo i leader di quei tre partiti dirigevano le operazioni belliche. Il Paese era in guerra.

Quell'esperienza non mi ha allontanato dalla politica bensì ha radicato in me la convinzione che essa serve a qualche cosa, eccome. Serve per costruire una società libera in cui ogni individuo venga rispettato e considerato nella sua unicità, indipendentemente dalle sue appartenenze comunitarie vere o presunte. Serve per costruire una società giusta, in cui ogni persona possa disporre di mezzi materiali che le permettono di realizzare i propri sogni e di perseguire le proprie scelte di vita. Serve per costruire una società solidale, in cui i più deboli vengano aiutati e non lasciati per strada. Serve per costruire una società responsabile nei confronti delle generazioni future, in cui la salvaguardia dell'ambiente e il principio dello sviluppo sostenibile non siano sacrificati a nome del puro profitto economico. Serve, infine, per costruire una società di pace, in cui i conflitti vengano risolti con la ragione e non combattuti con le armi.

Vi sono senz'altro molte strade che portano alla realizzazione di questi ideali. Sono dell'avviso che il modo più efficace per farlo sia attraverso una politica di sinistra, improntata alla socialdemocrazia. Con il mio impegno in seno al PS mi auguro di poter offrire il mio, piccolo, contributo per realizzare l'ideale di una società libera, giusta, solidale, ecologica, responsabile e pacifica.

Sarei felice di poter dare il mio contributo anche nel nuovo Consiglio del partito, dove mi impegnerò a favore di un ulteriore rafforzamento della democrazia interna, presupposto fondamentale per permettere al PS di continuare a crescere e ad occupare un ruolo di primo piano nella politica svizzera, a difesa delle categorie più deboli della nostra società.

Lebenslauf



Vita privata

- Nato a Sarajevo il 25 febbraio 1976; vive in Svizzera dal 1992
- Cittadino della Jugoslavia (1976-1992), della Bosnia ed Erzegovina (dal 1992) e della Svizzera (dal 2003)
- Padre di tre figli : Elio Levi (*2012), Teo Yannis (*2014) e Yuri Malik (*2016)

Vita politica e associativa

- Membro del Partito socialista svizzero dal 2003
- PS Lugano : membro di Direzione (2003-2004) e del Comitato allargato (dal 2013)
- PS Ticino : membro di Direzione (2004-2008, 2012-2013), responsabile della Commissione Ambiente e Trasporti (2004-2008) ; vicepresidente (2012-2013)
- PS svizzero: membro di Direzione (2004-2008), responsabile dei rapporti con i Democratici di Sinistra (oggi Partito Democratico, Italia), membro del gruppo di lavoro per la revisione del programma del PSS (2005-2009), delegato ticinese alle Assemblee dei delegati del PSS (dal 2004).
- Consiglio comunale (legislativo) di Lugano (2004-2008)
- Gran Consiglio del Canton Ticino (2007-2013)
- Candidato al Consiglio nazionale (2011), secondo subentrante
- Commissione federale contro il razzismo : membro dal 2012
- Kurt Imhof Stiftung für Medienqualität: membro del Consiglio di fondazione dal 2020
- Associazioni : ATA/ATE/VCS (già membro del comitato per la Svizzera italiana), Iniziativa delle Alpi, BIEN Suisse, VivaGandria (membro di comitato), ABITAT Lugano (co-fondatore e membro di comitato), i-dijaspora (membro di comitato, già presidente), Movimento Europeo Svizzera (ex NUMES/NOMES/NEBS; membro del comitato nazionale e già membro del comitato ticinese), Global Action Against Mass Atrocity Crimes GAAMAC Support Office (segretario)

Formazione e vita professionale

- Maturità federale, Collegio Papio Ascona (1996), licence ès sciences politiques, Université de Genève (1999), Master of Arts, McGill University (2000), Dr. phil., Universität Zürich (2008)
- Corrispondente parlamentare per il Giornale del Popolo (2000-2002)
- Collaboratore scientifico nello stato maggiore del consigliere federale Moritz Leuenberger, DATEC/DETEC/UVEK (2002-2004)
- Docente / Chargé de cours / Lehrbeauftragter nelle università di Losanna, Friburgo, Lucerna, Sarajevo, Zurigo (2008-2018)
- Visiting Postdoc: Université de Louvain (2008), University of Kent (2009), European University Institute (2009-2010), Princeton University (2015-2016)
- Senior Research Fellow, Zentrum für Demokratie Aarau (2009-2019)
- SNF Ambizione Postdoc, Universität Luzern (2015-2018)
- Membro del Consiglio di fondazione del Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica FNS/SNF (2015-2018)
- Professeur FNS de science politique, Université de Genève (2018-), responsabile del progetto *demoscan* (www.demoscan.ch)

KANDIDATUR RENATO WERNDLI

Motivationsschreiben

Liebe Genossinnen und Genossen

Seit ich politisch denken kann, bin ich SP-Mitglied. Politische Ämter: Je einige Jahre Sektionspräsident SP Altstätten/oberes Rheintal, Wahlkreispräsident SP Rheintal, heute noch GL-Mitglied SP Kanton St. Gallen, x-mal erfolglose Kantonsrats-Kandidaturen. Immerhin jetzt GPK-Mitglied Schule Eichberg SG.

Gerne würde ich nun trotz fortgeschrittenem Alter in den Parteirat eintreten. Da wir Älteren in der Partei sehr stark vertreten sind, erlaube ich mir diese Kandidatur auch wenn man Jungen eher die Plätze freihalten sollte. Falls aber Kandidaturen ältere Mitglieder übervertreten sind, würde ich meine zurückziehen.

Ich danke für die Prüfung dieser Kandidatur.

Mit freundlichen Grüßen

Renato Werndli

Lebenslauf

- Geboren 13.4.1954 in Aarau
- Schulen in Wohlen AG und Aarau
- Matura Typ C 1973
- Lehrer:innen Seminar Aarau, Lehrer:innen-Patent 1974
- Lehrer in Olten und Brugg
- 1976-1982 Medizinstudium in Basel
- Dissertation 1982 Universität Basel
- 1982-1989 Assistenzarzt in diversen Spitälern
- 1989-1994 Mietpraxis in Flums
- Seit 1995 eigene Hausarzt-Praxis in Eichberg SG



TRAKTANDUM 10: KITA-INITIATIVE

ZUSAMMEN SCHREIBEN WIR DAS NÄCHSTE KAPITEL DER FRAUENGESCHICHTE!

Frauenstimmrecht, neues Ehegesetz, Gleichstellungsgesetz, AHV-Revision und die Mutterschaftsversicherung - all diese Meilensteine haben Genoss:innen in den letzten über 100 Jahren gestemmt. Zusammen schaffen wir die nächste wichtige Etappe in der Gleichstellung: öffentliche Kinderbetreuung für alle!

Klar ist, Kinder benötigen Betreuung. Diese läuft nicht nebenher, sie erfordert Zeit und Energie. Heute übernehmen immer noch Frauen den Grossteil der familiären Care-Arbeit. Sie reduzieren dafür häufig ihr Arbeitspensum oder sind gezwungen, das Erwerbsleben ganz aufzugeben. Nicht zuletzt deshalb verdienen Frauen oft weniger. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf ihre Altersrenten. Fakt ist: Ohne die Hilfe von Grossmüttern wäre es heute vielen Frauen nicht möglich, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Familienergänzende Kinderbetreuung ist für viele zu teuer und rar. Für viele Familien und Alleinerziehende ist sie heute aber eine Notwendigkeit.

Auch in Kitas werden Kinder meistens von Frauen betreut. Diese Frauen verrichten eine für unsere Gesellschaft wichtige und verantwortungsvolle Arbeit, als typischer «Frauenberuf» ist die professionelle Kinderbetreuung aber unterbezahlt, und die Arbeitsbedingungen sind schlecht.

Darum fordern wir mit der Kita-Initiative, dass die familienergänzende Kinderbetreuung für alle Familien in der Schweiz zugänglich und zahlbar sein muss. Im Detail:

Mehr Freiheit für die Eltern

Die Lebensrealitäten der Familien sind vielfältig. Eltern sollen darum frei wählen dürfen, wie sie ihre Kinder betreuen. Der Wohnort oder das Einkommen sollen keine Rolle spielen.

Mehr Vereinbarkeit für mehr Gleichstellung

Heute sind es grossmehrheitlich Frauen, die zuhause bleiben. Damit es mit der Gleichstellung vorwärts geht, braucht es ein gutes Kinderbetreuungsangebot, das für alle erschwinglich und zugänglich ist.

Faire Arbeitsbedingungen für gute Kitas

Es braucht ausgebildetes Personal und gute Arbeitsbedingungen, damit alle Kinder gut und liebevoll betreut werden.

Schweiz soll nicht länger Schlusslicht sein

In unseren Nachbarstaaten ist Kinderbetreuung längst öffentliche Aufgabe, nicht so in der Schweiz. Hierzulande tragen die Eltern zwei Drittel der Kosten. Skandinavische Länder kennen bereits ein Recht auf Kita-Plätze für alle Kinder.

Das fordert die Initiative im Detail:

LANCIERUNG EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE GUTE UND BEZAHLBARE FAMILIENERGÄNZENDE KINDERBETREUUNG FÜR ALLE (KITA-INITIATIVE)»

Was will die Initiative?

Die Initiative will sicherstellen, dass die familienergänzende Kinderbetreuung für alle Familien in der Schweiz zugänglich und zahlbar ist. Heute sind sowohl das Angebot wie auch die Kosten von Kita-Plätzen und weiteren Angeboten der Kinderbetreuung (Tagesfamilien, Kinderbetreuung an Schulen) stark vom Wohnort abhängig. Vor allem in städtischen Gebieten wurden Kita-Plätze ausgebaut. Damit haben sich Unterschiede bezüglich Kosten und verfügbaren Plätzen akzentuiert. Die Initiative sieht eine flächendeckende Lösung vor und will dafür sorgen, dass grundsätzlich jedes Kind in der Schweiz Anspruch auf einen Kita-Platz oder ein vergleichbares Betreuungsangebot hat. Dies, sofern die Eltern ihre Kinder familienergänzend betreuen lassen wollen. Zusätzlich will die Initiative die Arbeitsbedingungen der Betreuungsfachpersonen verbessern.

Welches Modell schlägt die Initiative vor?

Kantone und Gemeinden haben in den letzten Jahren unterschiedliche Modelle für die familienergänzende Kinderbetreuung entwickelt. Die Initiative schlägt deshalb kein fixes Modell vor, sondern verpflichtet die Kantone, für ein ausreichendes, bezahlbares, bedarfsgerechtes Angebot von guter Qualität zu sorgen. Es steht ihnen frei, ob sie zum Beispiel nur Kitas ausbauen wollen oder auch auf Angebote von Tagesfamilienorganisationen setzen.

Welchen Mechanismus schlägt die Initiative vor?

Die Initiative will in der Verfassung den Grundsatz verankern, dass jedes Kind einen Anspruch auf familienergänzende Kinderbetreuung hat, sofern die Eltern dieses Angebot in Anspruch nehmen wollen. Die Kantone werden verpflichtet, dieses Angebot zu schaffen (Art. 1). Um sicher zu stellen, dass der nötige Ausbau nicht von den Finanzen der Wohngemeinde oder des Wohnkantons abhängt, übernimmt der Bund zwei Drittel der Kosten (Art. 4). Falls die Kantone fünf Jahre nach Annahme der Initiative das Angebot nicht geschaffen haben, verpflichtet sie der Bund dazu (Art. 5). Er erlässt in diesem Fall Mindestrichtlinien zur Qualität der Betreuung, den Arbeitsbedingungen und weiteren Anforderungen (Art. 2, 3 und 5). Die Initiative sieht vor, dass die Kantone Beiträge von den Eltern verlangen können, das aber nicht müssen. Die Elternbeiträge dürfen in keinem Fall mehr als zehn Prozent des Einkommens übersteigen. So wird die familienergänzende Kinderbetreuung für alle erschwinglich (Art. 5).

Eidgenössische Volksinitiative «Für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)»

Die Bundesverfassung³ wird wie folgt geändert:

Art. 116a Familienergänzende Betreuung von Kindern

¹ Die Kantone sorgen für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot für die institutionelle familienergänzende Betreuung von Kindern.

² Das Angebot steht allen Kindern ab dem Alter von drei Monaten bis zum Ende des Grundschulunterrichts offen. Es muss dem Kindeswohl und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen und den Bedürfnissen der Eltern entsprechend ausgestaltet sein.

³ Die Betreuungspersonen müssen über die notwendige Ausbildung verfügen und entsprechend entlohnt werden. Ihre Arbeitsbedingungen müssen eine qualitativ gute Betreuung ermöglichen.

⁴ Der Bund trägt zwei Drittel der Kosten. Die Kantone können vorsehen, dass die Eltern sich gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ebenfalls an den Kosten beteiligen. Die Beteiligung der Eltern darf insgesamt zehn Prozent ihres Einkommens nicht übersteigen.

⁵ Der Bund kann Grundsätze festlegen. Falls fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmung noch kein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot besteht, erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.

Juristische Erläuterungen

¹ Die Kantone sorgen für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot für die institutionelle familienergänzende Betreuung von Kindern.

Absatz 1 verpflichtet die Kantone, ein *ausreichendes* und *bedarfsgerechtes* Angebot für die institutionelle, familienergänzende Betreuung sicher zu stellen. Mit dem Begriff „ausreichend“ wird der quantitative Aspekt abgedeckt: Es müssen genügend Betreuungsmöglichkeiten bestehen, um die effektiven Bedürfnisse der Eltern zu decken. Das Wort *bedarfsgerecht* bezieht sich hingegen auf qualitative Aspekte, die in den Absätzen 2 und 3 konkretisiert werden. Damit wird sowohl den Bedürfnissen der Eltern Rechnungen getragen (z.B. Öffnungszeiten) als auch jenen der Kinder (z. B. Kinder mit besonderen Betreuungsbedürfnissen). Unter *institutioneller familienergänzender* Kinderbetreuung sind alle Betreuungsangebote mit professionellen Strukturen zu verstehen, insbesondere Kindertagesstätten, Tagesfamilienorganisationen, schulergänzende Angebote sowie Ganztageschulen. Für alle diese Betreuungsangebote können die Gelder des Bundes bezogen werden und für sie gelten die von Bund (Grundsätze) und den Kantonen erlassenen Vorschriften. Die Kantone sind frei in der Wahl des Institutionen-Mixes. Mit der Beschränkung auf *institutionelle* Angebote sind explizit Lösungen innerhalb der Familie inkl. Grosseltern sowie private Lösungen im Freundes- oder Nachbarkreis von der Bestimmung ausgeschlossen (solange sie nicht professionell betrieben werden).

³ SR 101

²Das Angebot steht allen Kindern ab dem Alter von drei Monaten bis zum Ende des Grundschulunterrichts offen. Es muss dem Kindeswohl und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen und den Bedürfnissen der Eltern entsprechend ausgestaltet sein.

Absatz 2 präzisiert den Begriff des *ausreichenden* und *bedarfsgerechten* Angebotes (Art. 1). Damit wird ein Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für jedes Kind verankert, wenn die Eltern Bedarf haben. Dieser Absatz legt die sozial-, familien-, kinder- und gleichstellungspolitischen Ziele der Vorlage fest. Die frühkindliche Förderung und die Verbesserung der Chancengerechtigkeit dienen dem Kindeswohl. Die frühe Förderung kommt besonders Kindern aus sozial- und finanziell benachteiligten Familien zugute.

Der Anspruch auf einen Betreuungsplatz besteht unabhängig vom Erwerbsumsatz der Eltern. Letztlich verweist die Anforderung des Kindeswohls auf eine angemessene Infrastruktur und personelle Ausstattung der betreuenden Institution (dazu siehe Abs. 3).

Der Initiativtext verlangt weiter, dass die familienergänzende Kinderbetreuung dem Ziel der Verbesserung der *Vereinbarkeit von Beruf und Familie* und den *Bedürfnissen der Eltern* Rechnung tragen muss. Dies bedeutet, dass beispielsweise die Öffnungszeiten von Kitas den Realitäten des Arbeitsmarktes angepasst sein müssen oder dass die Institutionen in vernünftiger Zeit erreichbar sind und die Eltern ihre Kinder nicht in mehrere, weit voneinander weg gelegenen Institutionen betreuen lassen müssen. Die Festlegung des Alters («ab dem Alter von drei Monaten») entspricht der heutigen Praxis, dass Kinder einen Monat vor Ende des Mutterschaftsurlaubs in die Kita eingewöhnt werden. Sollte die Schweiz eine Elternzeit einführen, so soll ausgeschlossen werden, dass Eltern gleichzeitig die Elternzeit in Anspruch nehmen und das entsprechende Kind ein subventioniertes Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung nutzt.

³Die Betreuungspersonen müssen über die notwendige Ausbildung verfügen und entsprechend entlohnt werden. Ihre Arbeitsbedingungen müssen eine qualitativ gute Betreuung ermöglichen.

Absatz 3 bezweckt die Aufwertung des Berufes der Kinderbetreuung. Die drei wichtigsten Bedingungen werden namentlich genannt: Die Ausbildung, der Lohn und Arbeitsbedingungen. Es handelt sich dabei um verfassungsrechtliche Vorgaben, die in der Gesetzgebung zu konkretisieren sind. Sie gelten für die in erster Linie zuständigen Kantone, für allfällige Regelungen durch die Sozialpartner und auch für den Bund, falls dieser gestützt auf Absatz 5 tätig würde.

Für die fachlich qualifizierte Kinderbetreuung gelten die einschlägigen Vorschriften der Gesetzgebung im Bereich der Berufsbildung. Das Gleiche gilt für die Entlohnung, wobei selbstverständlich die Lohngleichheit im Sinne des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ gewährleistet sein muss. D.h. der Lohn muss der geleisteten Arbeit angemessen sein. Nach dem Gleichstellungsgesetz darf der Umstand, dass eine Tätigkeit überwiegend oder fast ausschliesslich von Frauen ausgeübt wird, nicht zu einem Lohn führen, der im Vergleich zu anderen, gleichwertigen Tätigkeiten tiefer ist. Für eine qualitativ gute Betreuung sind nicht nur die Ausbildung und der Lohn massgebend, sondern auch die Arbeitsbedingungen in einem umfassenden Sinn (Infrastruktur, Ausgestaltung der Kita-Plätze, Betreuungsschlüssel, die Anzahl der fachlich qualifizierten Betreuungspersonen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Betreuungspersonen, etc.). Die Initiant:innen gehen davon aus, dass die Gewährleistung guter Arbeits- und Betreuungsbedingungen einen Betreuungsschlüssel verlangt, bei dem Schulabgänger:innen im Praktikum und Lernende nicht eingerechnet werden.

Mindestens 70 % der Betreuungspersonen müssen zudem über den notwendigen Fachausweis verfügen. Das Personal sollte betreuungsfreie Zeit für die Vor- und Nachbereitung, Supervision oder Elterngespräche zur Verfügung haben.

⁴ Der Bund trägt zwei Drittel der Kosten. Die Kantone können vorsehen, dass die Eltern sich gemäss ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ebenfalls an den Kosten beteiligen. Die Beteiligung der Eltern darf insgesamt zehn Prozent ihres Einkommens nicht übersteigen.

Absatz 4 nimmt den Bund stark in die Verantwortung und auferlegt ihm die Hauptverantwortung für die anrechenbaren Kosten, die mit dem verlangten Betreuungsangebot verbunden sind. Damit werden nicht nur die Kantone, sondern faktisch auch die Eltern stark entlastet. Über die Finanzierung des übrigen Drittels der Kosten entscheiden die Kantone. Sie können dabei eine begrenzte Teilfinanzierung durch die Eltern verlangen. Hingegen sind Kantone, die eine kostenfreie familienergänzende Betreuung anbieten wollen, nicht gezwungen, eine Teilfinanzierung durch die Eltern vorzusehen. Auch eine Teilfinanzierung durch die Arbeitgebenden ist möglich. Eine allfällige Teilfinanzierung durch die Eltern muss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern entsprechen. Insgesamt darf sie jedoch zehn Prozent des Einkommens der Eltern für die Gesamtkosten der familienergänzenden Kinderbetreuung aller Kinder nicht übersteigen. Unterschiedliche Regulierungen bezüglich wirtschaftlicher *Leistungsfähigkeit* und anrechenbarem Einkommen sind weiterhin möglich. Die heutigen Regelungen in den Gemeinden können so weiterhin angewendet werden. In der Umsetzungsgesetzgebung soll der Bund einen Rahmen vorgeben, ähnlich wie bei der Prämienverbilligung durch die Kantone.

⁵ Der Bund kann Grundsätze festlegen. Falls fünf Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmung noch kein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot besteht, erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften.

Absatz 5 räumt dem Bund eine subsidiäre Regelungszuständigkeit ein. Wenn die Kantone ihren verfassungsrechtlichen Auftrag (Schaffung eines ausreichenden und bedarfsgerechten Betreuungsangebots) nicht erfüllen oder nicht erfüllen können, muss der Bund tätig werden und die notwendigen Vorschriften erlassen. Ähnliche subsidiäre Regelungszuständigkeiten gibt es namentlich auch in den Bereichen des Schulwesens (Art. 62 Abs. 4 BV) und der Hochschulen (Art. 63a Abs. 5 BV). Diese subsidiäre Regelungszuständigkeit bzw. -pflicht des Bundes entsteht nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren nach Inkrafttreten der mit der Volksinitiative angestrebten Verfassungsänderung. Ob die Voraussetzung für ein Tätigwerden des Bundes erfüllt sind, entscheidet der Bundesgesetzgeber.

Was unter «notwendigen Vorschriften» zu verstehen ist, ergibt sich aus den Absätzen 1 bis 3: ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot, altersmässige Begrenzung des Angebots, Ausrichtung auf das Kindeswohl und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie verfassungsrechtliche Vorgaben betreffend Betreuungspersonen und deren Arbeitsbedingungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung⁴: Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

⁴ Die Lancierung von Volksinitiativen bedarf gemäss Statuten Art. 14, Abs. 7h eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmdenden.

R-1 DER SP GENF: FRÜHE KINDHEIT – OPTIMALE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR EINE ERSTKLASSIGE BETREUUNG

Die familienergänzende Tagesbetreuung ist ein zentrales Element für das Lernen und das Zusammenleben der Kinder, die Sensibilisierung für Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten sowie für die Prävention und den Abbau von Ungleichheiten.

Es ist notwendig, dass alle Familien, die dies möchten, für ihre Kinder einen Platz in einer Betreuungseinrichtung finden. Dieser Schritt wirkt sich positiv auf die Entwicklung ihrer Kinder aus und trägt zur Gleichstellung von Frauen und Männern bei. Die Politik der frühen Kindheit ermöglicht auch, soziale Ungleichheiten zu korrigieren und Beruf und Familie zu vereinbaren.

Die Qualität der familienergänzenden Betreuung ist jedoch direkt mit den Arbeitsbedingungen in der Branche verknüpft.

Es braucht genügend Ausbildungsplätze in einer höheren Ausbildung, für die sich die SP einsetzen muss, um den Mangel an qualifiziertem Personal zu bekämpfen. Denn es braucht genügend ausgebildete Berufskräfte, damit eine ambitionierte Politik im Bereich der familienergänzenden Betreuung entwickelt werden kann. Die Entlohnung des diplomierten Personals muss der übernommenen Verantwortung und der Arbeitsbelastung gerecht werden. Denn auch viele Betreuer:innen arbeiten Teilzeit, um Beruf, Familie und weitere Engagements miteinander in Einklang zu bringen.

Eine qualitativ hochstehende familienergänzende Betreuung braucht gute Arbeitsbedingungen. Auch dies fordert die geplante Initiative zur Kinderbetreuung.

Zudem ist die Betreuungsquote der Kinder von zentraler Bedeutung, sowohl für die Kinder als auch für die Betreuungsteams. Die Gruppengrösse und die Anzahl Kinder pro erwachsene Betreuungsperson sind wesentlich für die Entwicklung des Kindes, namentlich für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, deren Ausprägungen immer vielfältiger werden, was die Betreuung komplex macht.

Ebenso wesentlich ist es, den Personen, die namentlich als Kindheitspädagogin bzw. -pädagoge oder als Fachfrau/Fachmann Betreuung arbeiten, angesichts ihrer anspruchsvollen Tätigkeit während ihrer ganzen Berufslaufbahn eine Begleitung zu ermöglichen. Denn in diesen wenig anerkannten Berufen verlassen viele Angestellte die Branche schon nach wenigen Arbeitsjahren, ähnlich wie im Bereich der Krankenpflege.

Der physischen, psychologischen und sozialen Belastung ist Rechnung zu tragen, so dass es im Lauf der Karriere möglich ist, weniger zu arbeiten (zusätzliche Ferien, Arbeitsentlastungen).

Ebenso müssen Berufsberatungen und entsprechende Karrierechancen beim Arbeitgeber selber und nicht nur extern oder im Bereich des Service public möglich sein.

Die Sektion Genf der SP beantragt deshalb dem Parteitag die Verabschiedung folgender Grundsätze für Politik der frühen Kindheit:

1. Der Übergang der Ausbildung zur Kindheitspädagogin/zum Kindheitspädagogen von der Stufe HF auf die Stufe FH wird sichergestellt und so die Bedeutung des Berufs analog den Sonderpädagog:innen, Psychomotoriker:innen oder Pflegefachkräften anerkannt;

2. Die Anzahl Ausbildungsplätze auf Stufe FH wird ausgebaut, um den Mangel an qualifiziertem Personal in familienergänzenden Tagesbetreuungsstrukturen zu beheben;
3. Personen, die im Bereich der frühen Kindheit tätig sind und ihre Arbeit aus physischen oder psychologischen Gründen nicht fortführen können bzw. den Wunsch nach Veränderung oder Weiterentwicklung haben, wird eine berufliche Neuorientierung ermöglicht;
4. Eine Reduktion der beruflichen Belastung bei höherem Dienstalter (durch Ferien und Altersentlastungen) wird sichergestellt;
5. Es werden Arbeitsbedingungen garantiert, mit denen die physische und psychische Gesundheit des Personals geschützt werden kann. Dazu gehört insbesondere alles, was eine gute ergonomische Haltung und die Erholung fördert;
6. Eine optimale Betreuungsquote für Kinder und Personal wird gewährleistet;
7. Die nötigen wirtschaftlichen Mittel und Personalressourcen für die Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen werden bereitgestellt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

TRAKTANDUM 11: ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ: ES BRAUCHT EINEN KLIMA-FONDS (VOLKSINITIATIVE)

ANTRAG ZUR LANCIERUNG EINER INITIATIVE FÜR EINE SOZIAL GERECHTE ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK: INVESTITIONEN FÜR WOHLSTAND, ARBEIT UND FORTSCHRITT (ARBEITSTITEL)

Für die SP Schweiz ist die Bedrohung von Menschen und Natur durch die globale Klimaerwärmung eine der zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit. Die SP Schweiz kämpft seit Jahrzehnten für eine klimagerechte Politik, die Ursachen für den übermässigen Ressourcenverbrauch in Gesellschaft und Wirtschaft an der Wurzel packt.

Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz im Juni 2021 haben sich Präsidium und Geschäftsleitung intensiv mit den Gründen für das Scheitern der Vorlage auseinandergesetzt. Neben einer unglücklichen politischen Konstellation zum Abstimmungszeitpunkt lässt es sich kaum bestreiten, dass das Gesetz nicht die nötige positive Strahlkraft besass, um eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung zu überzeugen. Zu den zentralen Gründen für das Scheitern der Vorlage gehören die stark wahrgenommene Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Last der Massnahmen und der Finanzierung sowie das Gefühl einer moralischen Zurechtweisung gewisser Teile der Bevölkerung. Nicht zu Unrecht entstand im Laufe der Kampagne der Eindruck, das Gesetz verteuere zwar den Verbrauch fossiler Energien (zum Beispiel über die Erhöhung des Benzinpreises), lasse aber jene, die es sich leisten können, mit ihrer übermässigen Ressourcenverschwendung davonkommen, indem sie sich von Einschränkungen freikaufen können. Das Gesetz war zwar weit besser, als es im Abstimmungskampf dargestellt wurde. Gerade punkto Sozialverträglichkeit konnte die SP-Fraktion zusammen mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga wichtige Punkte durchsetzen. Trotzdem bleibt am Ende klar: Die Vorlage ist schlussendlich an ihrer liberal-grünen Prägung gescheitert.

Aus dieser Analyse ergibt sich, dass der Sozialdemokratie nun die zentrale Rolle bei der Deblockierung der Klimapolitik zukommt. Präsidium und Geschäftsleitung schlagen eine Strategie mit dem Ziel einer fundamentalen Wende in der Schweizer Klimapolitik vor: Der Klimaschutz soll in der Schweiz in der Zukunft primär durch öffentliche Investitionen finanziert werden. Die Klimawende ist eine epochale Herausforderung. Nur ein öffentliches Investitionsprogramm, das die Dekarbonisierung der Wirtschaft durch Investitionen statt durch Marktlenkung antreibt, kann dieser Aufgabe gerecht werden. Die Investitionen in die Klimawende lösen wiederum auch wieder private Investitionen aus, was Perspektiven für lokale Wertschöpfung schafft. Der Klimaschutz muss in der Logik des Service public ausgestaltet und als gemeinsames Gesellschaftsprojekt verstanden werden, wie der Bau des Gotthardtunnels und der NEAT oder der Auf- und Ausbau des Sozialstaats. Die Idee des Klimaschutzes durch öffentliche Investitionen ist nicht neu, sondern wurde von der SP Schweiz bereits früher entwickelt und letztmals 2019 im «Klima-Marshall-Plan für die Energiewende» konkretisiert.

Konkret haben Geschäftsleitung und Präsidium ein Projekt für eine Volksinitiative mit folgendem Inhalt erarbeitet:

- Die Klimapolitik in der Schweiz muss als Generationenprojekt für ein besseres Leben für alle neu konzipiert werden. Dabei wird die Klimawende mit wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven für die Bevölkerung verbunden.
- Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit muss als Leitlinie für alle künftigen Massnahmen und für die Finanzierung der Klimapolitik in der Verfassung verankert werden.
- Die notwendigen Mittel zur a) Dekarbonisierung von Verkehr, Immobilien und Produktion, b) Sicherung der Stromversorgung mittels einheimischer erneuerbarer Energien c) Finanzierung der notwendigen Aus- und Weiterbildungen sowie Umschulungen sollen aus einem Fonds der Eidgenossenschaft oder einer Klimabank gespiesen werden. Dazu stellt der Bund ausserhalb der Schuldenbremse einen jährlichen Betrag zur Verfügung (in der Höhe von ca. 0.5 bis 1% des Bruttoinlandprodukts).

Im gleichen Zeitraum wie die SP Schweiz haben auch die Grünen eine Idee für eine klimapolitische Initiative erarbeitet. **Beide Parteien sind übereingekommen, dass im Sinne der Sache ein gemeinsames Vorgehen und eine gemeinsame Initiative angestrebt werden sollen.** Die Geschäftsleitung stellt deshalb dem Parteitag folgenden Antrag:

1. Der Parteitag genehmigt gemäss Artikel 14 Absatz 7 litera h der neuen Statuten der SP Schweiz grundsätzlich die Lancierung einer Volksinitiative (vgl. dazu den untenstehenden provisorischen Initiativtext) für eine sozial gerechte Energie- und Klimapolitik: Investitionen für Wohlstand, Arbeit und Fortschritt (Arbeitstitel). Die Parteitagsdelegierten können am Parteitag Anregungen zum provisorischen Initiativtext deponieren.
2. Das Präsidium erhält die Kompetenz, die Gespräche mit den Grünen und weiteren Bündnispartnern weiterzuführen und abschliessend über die Lancierung der Volksinitiative zu entscheiden, sofern eine Einigung über Inhalt und Vorgehen erzielt werden kann. Der definitive Text wird der Fachkommission/Themenkommission und dem Parteirat vorgelegt.

Provisorischer Initiativtext (Zwischenstand gemäss den Gesprächen SP/Grüne)

Initiative für eine sozial gerechte Energie- und Klimapolitik: Investition für Wohlstand, Arbeit und Fortschritt

Art. 103a: Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik

1. Im Einklang mit den internationalen Klimaabkommen bekämpfen Bund, Kantone und Gemeinden die menschengemachte Klimaerwärmung und ihre gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen. Sie sorgen für eine sozial gerechte Finanzierung und Umsetzung der Massnahmen.
2. Der Bund unterstützt insbesondere:
 - a. die Dekarbonisierung von Verkehr, Immobilien und Wirtschaft
 - b. die Energieeffizienz sowie die Stromversorgungssicherheit und den dafür nötigen Ausbau der erneuerbaren Energien
 - c. die für die Dekarbonisierung notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen
 - d. die negative Emissionen, insbesondere durch natürliche Karbonsenken
 - e. die Stärkung der Biodiversität zur Bekämpfung der Folgen der Klimaerwärmung.
3. Für die Finanzierung der bundeseigenen Vorhaben und für finanzielle Beiträge an die Vorhaben von Kantonen, Gemeinden und Dritter verfügt der Bund über einen Investitionsfonds. Der Fonds oder von ihm beauftragte Dritte können auch Kredite, Garantien oder Bürgerschaften gewähren.
4. Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Übergangsbestimmung Art. 197 XX

Der Fonds gemäss Art. 103a Abs. 3 wird vom Bund spätestens ab dem dritten Jahr nach Annahme der Volksinitiative bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0,5% bis 1% des Schweizerischen Bruttoinlandproduktes gespeist. Dieser Betrag wird im Höchstbetrag der im Voranschlag zu bewilligenden Gesamtausgaben gemäss Art. 126 BV Abs. 2 nicht mitgerechnet. Er kann angemessen gesenkt werden, wenn die Schweiz ihre nationale und internationale Klimaziele erreicht hat.

Empfehlung der Geschäftsleitung⁵: Unterstützung der Lancierung der Initiative (2/3-Mehrheit).

⁵ Die Unterstützung zur Lancierung von Volksinitiativen bedarf gemäss Statuten Art. 14, Abs. 7h eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

A-1 RENATO WERNDLI UND KARIN HASLER: ERGÄNZUNG IM INITIATIVTEXT «KLIMA-FONDS»

Liebe Genossinnen und Genossen

Dürften wir für den Parteitag folgenden Antrag zu Traktandum 10 stellen (Öffentliche Investitionen für den Klimaschutz: Es braucht einen Klimafonds). Insgesamt beantragen wir auch Zustimmung allerdings zum Antrag mit folgender Ergänzung im viertletzten Abschnitt:

Die notwendigen Mittel zur a) Dekarbonisierung von Verkehr und Immobilien («Produktion» weglassen, da in b) extra erwähnt) b) schrittweise Umwandlung der heutigen tierbasierten in eine pflanzenbasierte Landwirtschaft. c) Bindung von CO₂ durch Renaturierungen, Aufforstungen und dadurch Erhöhung der Biodiversität... (Rest des Abschnitts unverändert, wobei b) zu d) wird)

Begründung: Da die heutige Ernährung (Landwirtschaft) einen je nach Autor sehr grossen Anteil der Treibhausgase verursacht und gleichzeitig wichtige Flächen der Biodiversität entzieht (grüne Wüsten) sowie durch den Pestizideinsatz Biodiversität systemisch, zeitlich verzögert und irreversible zerstört, soll sie im Antrag speziell erwähnt und dann bei der Ausarbeitung der Initiative auch entsprechend berücksichtigt werden. Gerade mit dieser Transformation der Landwirtschaft erreicht man drei Ziele mit einem Schlag: Klimaschutz, Biodiversitätserhalt und Tierbefreiung. Zum Wort «Produktion*»: Da ist zwar wahrscheinlich die landwirtschaftliche Produktion gemeint. Aber gerade diese verursacht ja noch viele andere Treibhausgase und zudem versteckt sich so das riesige Gebiet der Landwirtschaft bei Belassung nur hinter dem Wort «Produktion».

Mit der Förderung der Bindung von CO₂ durch Aufforstung und Renaturierung und Steigerung der Biodiversität wird die Klimafondsinitiative sichtbar und erlebbar für die Bevölkerung und sie hat einen direkten klimalokalen Effekt, weil CO₂ vor Ort gebunden wird. Durch die Sichtbarkeit und Erlebbarkeit ist die Investition in einen Klimafonds nachhaltig. Werden weiterhin nur neue weniger schädliche Produktions- und Mobilitätsfaktoren gefördert, statt in Biodiversität investiert, würde das Klima dennoch in absehbarer Zukunft kollabieren. Ohne explizite Erwähnung in Investitionen in Biodiversität hat die Klimainitiative weder Sinn noch Nutzen.

Klimafondsinitiative, Klimaschutz und Dekarbonisierung wären ohne spezielle Erwähnung der Landwirtschaft unvollständig in einem Ausmass, dass zu diesem Zeitpunkt nicht mehr tolerierbar ist, zu lange waren wir bereits untätig. Dies sind wir dem Generationenvertrag schuldig. Inkludieren wir dieses Thema nicht, haben wir dennoch verloren. Deshalb bitten wir um Annahme der beantragten Ergänzungen.

*Bei Ablehnung des Antrags beantragen wir das Wort Produktion durch Produktionsketten zu ersetzen, damit spezifizierter auch die Landwirtschaft gemeint ist. Zudem soll für c) separat abgestimmt werden.

Empfehlung des Präsidiums: Entgegennahme als Anregung.

R-2 GABRIELA SUTER UND ANDERE: LANGFRISTIGE STROMVERSORGUNGSSICHERHEIT – DIE SP FÜR DEN SCHNELLEN ZUBAU VON ERNEUERBAREN ENERGIEN UND FÜR ZUKUNFTSFÄHIGE ARBEITSPLÄTZE

Die Stromversorgung der Schweiz steht vor grossen Herausforderungen. Mit dem Scheitern des Rahmenabkommens ist ein Stromabkommen mit der EU in weite Ferne gerückt. Ohne Abkommen sind der Import und Export von Strom gefährdet. Dies erhöht die Gefahr einer Strommangel- lage am Ende des Winters. Die alten AKW sind am Ende ihrer Lebensdauer angelangt und ihre Leistung muss demnächst ersetzt werden. Um das Netto-Null-Ziel zu erreichen, müssen Industrie, Verkehr und Haushalte so schnell wie möglich dekarbonisiert werden. Dadurch wird der Stromver- brauch ansteigen.

Das Ziel der SP Schweiz ist es, möglichst bald eine klimaneutrale, sichere und bezahlbare Stromversorgung zu erreichen. Dafür braucht es jetzt massive Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien und in die Infrastruktur.

Der Ruf aus den Reihen der SVP und FDP nach längeren AKW-Laufzeiten sowie neuen AKW und Gaskraftwerken wird lauter. Solche rückwärtsgewandten Projekte sind weder nachhaltig noch um- weltfreundlich und verhindern jede sinnvolle Planung der Stromversorgung. Die alten AKW sind störanfällig und können jederzeit ungeplant ausfallen, die Atommülllagerung ungelöst. Neue AKW sind weder politisch durchsetzbar noch wirtschaftlich sinnvoll und kämen, selbst wenn sie gebaut werden könnten, viel zu spät. Solche Nebelpetarden werden schliesslich dazu führen, dass plötzlich hastig grosse Gaskraftwerke zugebaut werden müssen. Damit würde die Klimaneutralität der Schweiz hinausgezögert. **Statt Scheindebatten und Greenwashing der Hochrisikotechnologie Atomkraft braucht es jetzt eine mutige Vorwärtsstrategie beim Ausbau der erneuerbaren Energien, um die inländische Versorgungssicherheit zu stärken!** Denn inzwischen sind Erneuerbare wie Photovoltaik und Wind, eingebunden in intelligente Backup-Systeme, die kostengünstigsten Stromerzeuger.

Eine sichere, klimaneutrale und bezahlbare Stromversorgung ist ein massiver Standortvor- teil und dadurch Voraussetzung für attraktive Arbeitsplätze. Das wollen wir keinesfalls durch eine fehlende oder falsche Planung gefährden. Mit erneuerbaren Energien können Arbeitsplätze geschaffen werden – wenn die Strombranche günstige Rahmenbedingungen wie Planbarkeit und Investitionssicherheit vorfindet.

Die SP Schweiz fordert deshalb von Bundesrat und Parlament:

- **Ambitioniertere Ausbauziele setzen:** Es braucht ambitioniertere Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien im revidierten Energiegesetz und langfristig attraktive Rahmenbe- dingungen, um den Zubau der erneuerbaren Stromproduktion massiv zu beschleunigen. Der Bund muss dafür auch selbst finanzielle Mittel in die Hand nehmen. Denn der Ausbau von erneuerbaren Energien kommt erst in Gang, wenn Investitions- und Planungssicherheit gegeben ist.

- **In die Solaroffensive gehen:** Die Photovoltaik soll die wegfallende Leistung der AKW decken. Das ungenutzte Potenzial von Photovoltaik auf Dächern und Infrastrukturfleichen ist riesig. In Kombination mit sinnvollen und intelligenten Backup-Leistungen können Schwankungen ausgeglichen werden. Nicht nur Dächer, sondern auch Fassaden, Verkehrsinfrastrukturen und Freiflächen gehören zu einer neuen PV-Strategie, wobei Rücksicht auf Biodiversität und Landschaft genommen werden muss. Priorität neben den Gebäuden erhalten PV-Freiflächenanlagen über versiegelten Flächen, alpine PV-Anlagen, ausgerichtet auf die «Winterlücke», Agri-PV und in sinnvollen Kopplungen Solarwärme.
- **Stromproduktionskapazitäten zur Stärkung der Versorgungssicherheit im Winter gezielt ausbauen und fördern:** PV-Anlagen auf Dächern und Infrastrukturen über der Nebelgrenze und Fassaden-PV sowie Windkraft müssen gezielt ausgebaut und gefördert werden.
- **Wasserkraft umweltverträglich optimieren:** Die Wasserkraft ist ein wichtiger Pfeiler der erneuerbaren Energieversorgung, ihr Potential ist aber praktisch ausgeschöpft. Der Ausbau soll sich auf die Optimierung bestehender Anlagen und den punktuellen Zubau von Speicherwasserkraft unter Rücksichtnahme auf Natur und Landschaft konzentrieren. Kleinwasserkraftwerke sind nicht nur viel zu teuer, sie haben auch grosse Biodiversitätsverluste zur Folge.
- **Energieeffizienzpotenzial ausschöpfen:** Wo immer es möglich ist, muss der Stromverbrauch reduziert werden – rascher Ersatz der Elektro-Widerstandsheizungen durch Wärmepumpen, Ausschalten unnötiger Beleuchtung (z.B. Schaufenster), möglichst keine Standby-Verluste, beste Standards bei Neugeräten, Verbot von Crypto-Farmen etc.
- **Zusätzliche Speichertechnologien fördern:** Auch für die Tages- bis Jahreszeitspeicherung braucht es eine koordinierte Vorgehensweise. Die Schweiz benötigt eine Speicherstrategie, um diese Speicherkapazitäten gezielt auszubauen. Die Konzepte dafür sind vorhanden: Überschüssiger Strom oder Überkapazitäten aus PV und Wasserkraft können in den Sommermonaten für die Erzeugung von Wasserstoff oder synthetischen Treibstoffen verwendet werden. In der Batterietechnologie gibt es massive Fortschritte und die Batterien von elektrischen Fahrzeugen können genutzt werden.
- **CO₂-neutrale Backup-Leistungen sicherstellen:** Zur langfristigen Stabilisierung im Winter und zur kurzfristigen Stabilisierung bei Schlechtwetter sollen CO₂-neutrale Backup-Leistungen ausgeschrieben werden. Dazu soll den Anbieter:innen möglichst viel Spielraum gegeben werden, damit innovative Konzepte umgesetzt werden können (z.B. Einbezug von Elektroautos und weiteren Batteriespeichern oder Wasserstoffspeicher).

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Unterzeichner:innen: Gabriela Suter, Aarau, Nationalrätin SP AG, Jonas Hostettler, SP Zürich 3, Nico Siegrist, JUSO, Kantonsrat, ZH

TRAKTANDUM 12: REFERENDUM VERRECHNUNGSSTEUER: STEUER-KRIMINALITÄT FÖRDERN? NEIN ZUR ABSCHAFFUNG DER VERRECHNUNGSSTEUER!

Damit auch Oligarchen und dubiose Vermögensverwalter bei den Steuern nicht betrügen, gibt es die Verrechnungssteuer. Auf Obligationen soll diese nun abgeschafft werden. Das fördert in- und ausländische Steuerkriminalität. Der Bundesrat wollte das verhindern, doch im Parlament hat sich die Banken- und Finanzlobby durchgesetzt. Das ist eine Ohrfeige für die ehrlichen Steuerzahler:innen und kostet diese hunderte Millionen Franken.

- 1. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen ist ein Freipass zur Steuerkriminalität.** Die Verrechnungssteuer ist eine so genannte Sicherungssteuer. Auf Obligationen soll diese nun abgeschafft werden. Das ist ein Freipass für in- und ausländische Steuerkriminalität. Der Bundesrat hat diese Gefahr erkannt und wollte deshalb als Ausgleich zur Abschaffung der Verrechnungssteuer andere Sicherungsmassnahmen ergreifen, doch die Banken- und Finanzlobby hat das verhindert. Das Resultat: Eine Vorlage, mit der jegliche Sicherung entfällt und die so die Steuerkriminalität fördert.
- 2. Die ehrlichen Steuerzahler:innen bezahlen die Ausfälle.** Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen führt je nach Zinssatz zu jährlichen Steuerausfällen von mehreren hundert Millionen Franken. Das Geld fliesst in die Taschen von Steuerkriminellen und reichen Anleger:innen aus dem In- und Ausland. Klar ist: Eine Gegenfinanzierung fehlt, zahlen wird die Bevölkerung – entweder mit höheren Gebühren und Abgaben oder mit Leistungsabbau.
- 3. Die Eidgenössische Steuerverwaltung von Ueli Maurer rechnet die Ausfälle systematisch klein.** Die Berechnung des Bundes zu den Steuerausfällen ist nicht haltbar. Die Vorlage ist eine finanzpolitische Zeitbombe, sobald das Zinsniveau wieder ansteigt. Dann werden die realen Ausfälle ein Vielfaches von dem betragen, was das Finanzdepartement von Ueli Maurer behauptet. Zudem haben die Rechten die Vorlage völlig überladen: Nebenher soll mit der Umsatzabgabe auf Obligationen auch noch ein weiterer Teil der Stempelsteuer abgeschafft werden. Und in letzter Sekunde wurden auch noch so genannte Obligationenfonds von der Verrechnungssteuer ausgenommen.
- 4. Die Vorlage bringt unserer Volkswirtschaft nichts, Grosskonzerne und Steuerkriminelle profitieren.** Die Abschaffung der Verrechnungssteuer fördert Spekulation und nützt Grosskonzernen bei ihren Finanztricks. Dadurch werden keine Arbeitsplätze geschaffen und auch die für die Realwirtschaft wichtigen KMU gehen leer aus.

- 5. Das passt in den grossen Plan: Am Schluss sollen nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert werden.** Ein Strategiepapier aus dem Eidgenössischen Finanzdepartement von Bundesrat Maurer zeigt: Economiesuisse und Co. wollen mit immer neuen Vorlagen erreichen, dass die Finanzindustrie und deren Profiteure sowie Konzerne gar keine Steuern mehr bezahlen müssen. Stattdessen sollen nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert werden. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen passt in diesen Plan.

Fazit: Um die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen zu stoppen und somit mehr Steuerkriminalität zu verhindern, muss das Referendum ergriffen werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung⁶: Lancierung Referendum Verrechnungssteuer (2/3-Mehrheit).

⁶ Die Lancierung eines Referendums bedarf gemäss Statuten Art. 15, Abs. 8e eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden.

TRAKTANDUM 13: STATUTARISCHE GESCHÄFTE UND WAHLGESCHÄFTE

ERSATZWahl FÜR EINEN SITZ IM VIZEPRÄSIDIUM DER SP SCHWEIZ (RÜCKTRITT VON ADA MARRA)

Ada Marra wird nach drei Jahren als Vizepräsidentin der SP Schweiz zurücktreten. Wir danken Ada herzlich für ihr Engagement.

Zur Wahl stellt sich **Elisabeth Baume-Schneider**, Ständerätin Jura (siehe Bewerbung auf den folgenden Seiten).

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung beantragt für das Präsidium eine offene Wahl, gemäss Artikel 9 der Geschäftsordnung des Parteitages.

Motivationsschreiben

Chères et chers camarades,

En premier lieu je souhaite exprimer mon affectueuse et solidaire gratitude à l'égard de Ada Marra qui quitte la vice-présidence du parti. Ses luttes, son discours sans équivoque et son engagement militant sont autant d'invitations à continuer à nous mobiliser pour une société plus juste.

Avant de soumettre ma candidature, je concède volontiers avoir traversé une phase de doutes et d'hésitations ; l'envie et la responsabilité de m'engager l'ont emporté et je me réjouis de solliciter votre confiance.

Avec une fidélité inconditionnelle aux valeurs féministes et aux valeurs de gauche, avec reconnaissance à l'égard du parti socialiste jurassien qui m'a régulièrement soutenue, je souhaite contribuer à ce que nos aspirations politiques aillent bien au-delà des slogans et se traduisent pas des actions concrètes et utiles pour améliorer la situation des personnes les plus vulnérables en Suisse et dans le monde et pour prendre nos responsabilités face à l'urgence climatique.

Face aux enjeux de société, face à la situation sanitaire qui a certes révélé de magnifiques élans de solidarité, mais qui a aussi clivé la société et mis à mal notre culture de la concertation et de respect mutuel, je suis pénétrée de l'intime conviction qu'il y a lieu de militer, de résister, de dénoncer, de contester, d'argumenter, de convaincre, de prendre la parole et surtout de donner envie à d'autres, de saisir cette parole militante en faveur d'une véritable prospérité partagée.

La rue n'a pas le monopole de la parole libre ; en tant que socialistes, nous pouvons agir dans les lieux institutionnels où les décisions se prennent. Grâce à nos convictions, nos arguments, nos expériences respectives, nous pouvons développer une intelligence collective, une stratégie politique pour faire face aux politiques d'austérité ou de cadeaux fiscaux dont les partis de droite sont de plus en plus friands, et ce de manière décomplexée par rapport aux injustices et aux discriminations qui en découlent.

Avec en quelque sorte, encore et toujours une insatiable volonté, une énergie inapaisée face aux injustices, j'ai besoin de m'engager pour ériger la justice sociale et environnementale, comme phare de nos politiques publiques.

Que ce soit la réforme AVS21, le droit de timbre, le manque crasse de structures d'accueil pour la petite enfance, la nécessité d'investir massivement en faveur du climat, le besoin d'adapter le droit pénal en matière d'infractions sexuelles, les sujets et les dossiers ne manquent pas ; la liste n'est de loin pas exhaustive !

J'aime le débat d'idées et si le Congrès me fait confiance, j'aurai la chance de rejoindre de fortes personnalités au sein de la présidence et de travailler en bonne intelligence avec Mattea et Cédric, avec mes camarades et avec les membres du secrétariat.

Mon âge, ma vie de femme engagée, ma longue expérience d'un exécutif cantonal, ma réalité de militante jurassienne représentant un petit canton frontalier et mon attachement aux Franches-Montagnes, une région à la ruralité moderne, sont autant d'éléments qui me permettront de contribuer à développer des réflexions et actions riches en diversité et à apporter ma contribution pour mettre en œuvre la politique du parti.

Mon parcours de vie m'amène à observer avec pragmatisme et malheureusement quelques inquiétudes que si nous avons grâce à notre militantisme solidaire et des arguments imparables, gagné quelques conquêtes significatives, le chemin à parcourir de manière collective est encore gigantesque pour voir s'esquisser et s'ancrer dans la vie quotidienne des femmes et des hommes le terreau fertile d'une véritable politique socialiste empreinte des valeurs de dignité et permettant à chacune et à chacune d'avoir sa place dans la société. Je souhaite parcourir ce chemin à vos côtés.

En vous remerciant de l'attention porté à ma candidature et en restant volontiers à disposition, je vous adresse chères et chers camarades une pleine brassée d'amitié militante.

Elisabeth Baume-Schneider

Baume-Schneider Elisabeth

Theurillatte 41
2345 Les Breuleux

079/ 504 20 47

Elisabeth.baume-schneider@parl.ch

24 décembre 1963 La
Mariée
2 enfants adultes



Titulaire d'un master en sciences sociales et gestion du personnel de l'Université de Neuchâtel, mon parcours professionnel et politique prend enracinement dans mon envie et ma volonté de m'engager pour une société plus juste, inclusive et ouverte sur la diversité et la singularité. Mes intérêts et mes expériences sont constitutifs d'une expertise dans le domaine des politiques de la formation et des politiques sociales. Je m'intéresse aux enjeux de politique environnementale et climatique.

J'apprécie la lecture, la nature, la vie de famille et les relations sociales ; je m'engage volontiers dans des projets associatifs.

EXPERIENCE PROFESSIONNELLE ET POLITIQUE

Décembre 2020

Conseillère aux Etats

- Membre de la commission de la science, de l'éducation et de la culture
- Membre de la commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie
- Mandats & engagements : CSIAS, Conseil de l'Université de Neuchâtel, Alliance Enfance, Conseil de Fondation Théâtre du Jura, Conseil de Fondation HETSL, Conseil d'administration des CJ, Conseil d'administration du Café du Soleil, Fondation RERO+, Au P'tit Plus)

2016- juin 2020

Directrice de la Haute école de travail social et de la santé | HETSL | Lausanne HES-SO, Haute école spécialisée de Suisse occidentale

- Bonnes connaissances du système suisse de formation, du réseau des hautes écoles en général et vaudoises en particulier
- Management d'une haute école spécialisée ; compréhension des enjeux académiques et administratifs ; analyse et résolution de situations complexes

2003 – 2015

Ministre de la Formation, de la Culture et des Sports de la République et Canton du Jura

- Travail avec le groupe parlementaire et le parti socialiste cantonal ; travail dans un collège gouvernemental ; capacité d'écoute et de dialogue, esprit de synthèse, résistance au stress
- Management d'un département ; développement de projets et compétences décisionnelles
- Contacts avec la presse

2001 – 2002

Responsable du secteur insertion – Services sociaux régionaux de la République et Canton du Jura

- Elaboration d'un concept cantonal de mesures d'insertion sociale ; participation à la rédaction des textes législatifs y relatifs et organisation d'un réseau de partenaires

2000 – 2001

Présidente du Parlement jurassien et priorité portée sur la vie de famille

- Conciliation vie familiale et vie politique avec la naissance de notre second enfant
- Compréhension du travail d'un organe législatif dans le cadre de deux législatures

1988 – 2000

Activités d'assistante sociale et de responsable de service

- Aide sociale individuelle, mandats tutélaires, étroits contacts avec les autorités communales et cantonales.
- Programme d'intégration des élèves à besoins particuliers

GENEHMIGUNG BUDGET 2022

Budget 2022

	Rechnung 2020	Budget 2021	Budget 2022
Total Ertrag	6'758'003	5'469'144	7'306'407
Beiträge	2'262'491	2'272'950	2'311'300 ¹⁾
Mitgliederbeiträge	1'985'344	1'977'950	2'026'300
Solidaritätsbeiträge	277'147	295'000	285'000
Finanzbeschaffung	3'515'126	2'078'494	2'837'007 ²⁾
Mitgliederspenden	952'449	505'000	804'601
Freie Spenden	1'810'883	1'439'494	1'571'406
Übrige Spenden	751'794	134'000	461'000
Legate	-	-	-
Verkaufserlös	231'506	181'400	190'800 ³⁾
Übriger Ertrag	505'880	569'500	546'200 ⁴⁾
Auflösung Rückstellungen	243'000	366'800	1'421'100 ⁵⁾
Total Aufwand	6'755'764	5'467'611	7'305'926
Produktionsaufwand	141'718	207'300	256'300 ⁶⁾
Produktion Medien	123'397	141'300	160'300
Produktion Mailing (Gremien, links/socialistes)	18'321	26'000	56'000
Produktion Neue Fundraisingprojekte	-	40'000	40'000
Warenaufwand	58'963	6'000	500
Bezogene Dienstleistungen	272'034	313'060	649'078 ⁷⁾
Personal- und Sozialversicherungsaufwand	2'744'198	2'903'333	3'980'308 ⁸⁾
Übriger Personalaufwand	117'758	160'880	158'580 ⁹⁾
Raumaufwand	260'403	286'472	326'840 ¹⁰⁾
Unterhalt, Reparaturen, Leasing	38'207	65'500	67'600 ¹¹⁾
Sachversicherungen, Abgaben	5'225	5'500	5'500
Verwaltungsaufwand	466'444	419'000	649'640 ¹²⁾
Informatikaufwand	91'555	110'200	106'700 ¹³⁾
Werbeaufwand	188'429	80'700	393'700 ¹⁴⁾
Übriger Parteiaufwand	355'630	445'716	398'180 ¹⁵⁾
Bildung Rückstellungen	1'777'000	196'000	114'000 ¹⁶⁾
Abschreibungen	227'602	254'600	170'000 ¹⁷⁾
Erfolg aus Finanzanlagen	12'386	13'350	29'000
Ausserordentlicher Erfolg	-1'791	-	-
Ergebnis	2'239	1'533	480

Kostenstellen

	Rechnung 2020	Budget 2021	Budget 2022	
Partei	2'189'415	1'657'720	1'695'000	¹⁸⁾
Beiträge	2'246'786	2'258'450	2'296'800	
Spenden	957'942	505'000	804'601	
Sachaufwand Partei	-70'675	-81'040	-61'000	
Personal- u. Anteil GK	-713'580	-730'338	-746'641	
Parteitag	-70'735	-76'000	-218'750	
DV	-17'633	-66'000	-	
Parteirat	-	-	-46'600	
Entwicklungsprojekte	-	-	-150'000	
Sachaufwand Präsidium	-13'277	-13'000	-31'550	
Sachaufwand Kommissionen	-4'719	-10'000	-10'000	
Entschädigung Präsidium inkl. Spesen	-75'835	-83'612	-96'020	
Spesen Vizepräsidium	-26'040	-30'240	-30'240	
Internationales	-7'284	-13'500	-15'600	
Klimapapier	-404	-2'000	-	
Wirtschaftskonzept	-15'132	-	-	
Bildung	-137'158	-164'278	-167'772	¹⁹⁾
Personal- u. Anteil GK	-92'029	-111'678	-114'672	
KoKo	-5'448	-15'000	-	
Interne Bildung	-2'821	-11'100	-18'100	
Sommer-Uni	-10'600	-5'000	-6'000	
Mitgliederentwicklung	-14'855	-6'500	-7'500	
Wirtschaft & Demokratie	-120	-5'000	-5'000	
Kommunaltagung	-11'286	-10'000	-11'500	
Städtekonferenz	-	-	-5'000	
SP60+	-88'703	-113'593	-117'801	²⁰⁾
Personal- u. Anteil GK	-70'081	-74'393	-70'301	
Sachaufwand Generationen	1'560	4'600	-2'200	
Spesen Präsidium	-7'440	-7'000	-7'000	
GL/DV/Konferenzen	-12'041	-19'500	-22'650	
Themenanlässe/Kampagnen/AG	-701	-17'300	-15'650	
SP Migrant:innen	-76'541	-89'533	-75'990	²¹⁾
Personal- u. Anteil GK	-69'933	-74'033	-60'490	
Sachaufwand Migrant:innen	-6'608	-10'000	-10'000	
Sachaufwand Präsidium	-	-5'500	-5'500	
Juso	-181'306	-200'823	-196'984	²²⁾
Personal- u. Anteil GK	-181'306	-200'823	-196'984	
SP Frauen*	-88'600	-145'880	-139'511	²³⁾
Personal- u. Anteil GK	-81'424	-86'880	-86'511	
Mailing SP Frauen*	7'630	2'500	2'500	
Sachaufwand SP Frauen*	-1'210	-5'000	-5'000	
Spesen SP Frauen* Präsidium	-4'580	-7'500	-7'500	
Mitgliederversammlung	-9'161	-18'000	-18'000	
Kampagnen	-197	-21'000	-25'000	
50 Jahre Frauenstimmrecht	342	-10'000	-	

	Rechnung 2020	Budget 2021	Budget 2022	
SP queer	-	-20'117	-32'014	24)
Personal- u. Anteil GK	-	-15'117	-27'014	
Sachaufwand SP queer	-	-5'000	-5'000	
Publikationen	-231'634	-300'783	-511'640	25)
links	-132'284	-156'258	-165'334	
socialistes	-66'728	-96'325	-96'007	
ps.ch	-32'622	-33'000	-38'600	
Jahresbericht	-	-10'200	-10'700	
Bildarchiv	-	-5'000	-1'000	
Medienportal	-	-	-200'000	
Kampagnen & Kommunikation	-1'829'506	-808'060	-773'624	26)
Personal- u. Anteil GK	-612'557	-636'110	-1'000'824	
Sachaufwand	-2'280	-5'000	-5'000	
Kampagnen allgemein	-816'796	-120'000	-200'000	
Abstimmungszeitungen	-19'895	-30'000	-43'600	
Referenden	-227'434	-70'000	-295'000	
Initiativen	-129'033	-170'000	-712'000	
Ergebnis Wahlen 2019/2023	-203'135	-	-60'000	
E-Fundraising	124'624	53'050	339'800	
Auflösung Rückstellungen Kampagnen/Wahlen	57'000	170'000	1'203'000	
Basis	-476'688	-474'837	-451'098	27)
Personal- u. Anteil GK	-499'832	-512'637	-493'598	
Sachaufwand	-56'386	-15'300	-13'500	
Basiskampagnen KP/Sektionen	79'530	53'100	56'000	
Fundraising	1'222'738	811'717	771'915	28)
Personal- u. Anteil GK	-339'845	-401'777	-505'491	
Nettoauflösung/-bildung Rückstellungen	-73'001	-6'000	-74'000	
Ertrag aus Sammelaktionen	1'810'883	1'439'494	1'571'406	
Legate / Neue Fundraisingprojekte	-	-40'000	-40'000	
Ausschüttung FR an KPs	-175'300	-180'000	-180'000	
Finanzsanierung	-300'000	-150'000	-	
Ergebnis Shop	222	-	-	
Ergebnis	2'239	1'533	480	

Kommentar zum Budget 2022

Das Budget 2022 ist ausgeglichen. Es beinhaltet sämtliche Aufwendungen und Erträge der SP Schweiz.

1. Beiträge

Die Berechnung der Mitgliederbeiträge basiert auf dem Bestand per Anfang 2021 und berücksichtigt einen leichten Anstieg. Die Beiträge werden durch die Kantonalparteien zuverlässig in den vorgegebenen Zahlungsfristen überwiesen. Die Skonto-Gutschriften an die Kantonalparteien werden entsprechend der effektiven Gutschriften der Vorjahre leicht erhöht.

2. Finanzbeschaffung

Die Mitgliederspenden werden ebenso wie die freien Spenden (Gönnerinnen und Gönner) netto ausgewiesen. Die Budgetierung der Spenden erfolgt unter Berücksichtigung der effektiven Erträge der vergangenen Jahre. Diese konnten in den vergangenen Jahren gesteigert werden und überstiegen die budgetierten Einnahmen teilweise erheblich. Diesem Umstand wurde im Budget 2022 Rechnung getragen. Die gesamten Spendenerträge wurden entsprechend der effektiv erzielten Ergebnisse und aufgrund der geplanten Kampagnen deutlich (um rund 740 000 Franken) höher budgetiert als 2021.

Mehrerträge werden insbesondere im Bereich E-Fundraising budgetiert. Die Erträge in diesem Bereich konnten aufgrund einer engeren Zusammenarbeit der Bereiche Fundraising und Kampagnen in den vergangenen Jahren massgeblich gesteigert werden. Diese Erträge sind unter übrige Spenden ausgewiesen. Darunter fallen ebenfalls die Einnahmen aus dem Spendenaufruf an die Empfängerinnen und Empfänger von links und socialistes sowie an die Mitglieder der SP Frauen* und von SP60+.

3. Verkaufserlös

Die Erlöse aus dem Verkauf von Inseraten/Beilagen/Publikationen sind entsprechend dem Vorjahresbudget eingesetzt. Der Ertrag beinhaltet zudem die Beteiligung der Kantonalparteien und Sektionen an der Durchführung von kantonalen und lokalen Basiskampagnen sowie Einnahmen aus geplanten Veranstaltungen.

4. Übriger Ertrag

Die Position beinhaltet u.a. Unterstützungsbeiträge von Standortgemeinden und -kantonen an Apéros der Parteitage. Die Abgeltung der Fraktion an die Gemeinkosten sowie die Leistungen der Generalsekretär:innen, Medienverantwortlichen, der Finanzverantwortlichen und der Verantwortlichen Personalwesen liegt unter dem Budget 2021. Dies insbesondere, da der Anteil Vollzeitstellen der Fraktion an den Vollzeitstellen insgesamt kleiner ist.

5. Auflösung Rückstellungen

2022 werden bestehende Rückstellungen im Umfang von total 1 420 000 Franken aufgelöst:

Im Umfang von rund 1 265 000 Franken zugunsten der Abstimmungskampagne Stempelsteuer-Referendum, für die geplanten Initiativen (Gleichstellung, Finanzplatz), die mit Nachtragskredit

genehmigten zusätzlichen Stellen im Bereich Kampagnen und Bildung sowie für Entwicklungsprojekte. Die Auflösung zugunsten der Initiativen erfolgt teilweise zulasten der Rückstellungen aus den Unterstützungsbeiträgen der Raiffeisenbank und der Mobilien.

Zur Deckung der Abschreibungen aus den Investitionen in die neue Fundraising-Datenbank, in das erweiterte Basiskampagnentool zur Verwaltung der Freiwilligeneinsätze sowie für die Weiterentwicklung des Fundraisings werden ebenso Rückstellungen von rund 110 000 Franken aufgelöst.

Weiter werden Rückstellungen zugunsten von Kampagnen der SP Frauen* und SP60+ sowie für Beratungsaufwände im Rahmen der Einführung eines nicht-hierarchischen Organisationsmodells im Zentralsekretariat von total rund 45 000 Franken aufgelöst. Im September 2020 wurde auf Beschluss der Belegschaft und des Generalsekretariats in Absprache mit dem Präsidium holokratische, selbstorganisierte Zusammenarbeitsformen eingeführt. Diese ermöglichen alle Mitarbeitenden ein selbständigeres Arbeiten und die Übernahme von mehr Verantwortung, beides langjährige Wünsche der Belegschaft.

6. Produktionsaufwand

Die Produktionskosten für links, socialistes und ps.ch sind aufgrund steigender Papierpreise höher eingesetzt als 2021. 2022 sind drei Abstimmungszeitungen vorgesehen.

Die Produktionskosten für Mailings beinhalten die Aufwendungen für das Spendenmailing an die Empfängerinnen und Empfänger von links und socialistes und an die SP Frauen* sowie für Mailings im Rahmen von Kampagnen.

Die neuen Fundraisingprojekte enthalten u.a. die Aufwendungen für Massnahmen im Zusammenhang mit dem Testament-Ratgeber sowie in Projekte zur Weiterentwicklung des Fundraising. Die Aufwendungen werden 2022 durch bestehende Rückstellungen gedeckt.

7. Bezogene Dienstleistungen

Die Aufwände umfassen unter anderem Agenturhonorare im Rahmen von Kampagnen und Projekten, Honorare für Bildungsprojekte sowie für Layout, Lektorat und Inserateakquisition der Publikationen. Übersetzungen beinhalten Dritteleistungen und Simultanübersetzungen für die Parteitage sowie Konferenzen und Anlässe der SP60+. Zudem auch die Übersetzung in Gebärdensprache anlässlich der Parteitage sowie für Webseiten-Inhalte in Gebärdensprache und Einfache Sprache.

Der Anstieg bei den Honoraren ergibt sich insbesondere durch höhere Aufwände im Bereich Kampagnen, bei der Abstimmung Stempelsteuer-Referendum, den geplanten Initiativen, sowie für Entwicklungsprojekte und das geplante Medienportal.

Die Mehraufwände bei den Übersetzungen sind durch zusätzliche Übersetzungen ins Italienische für die Parteitage begründet. Neben der Übersetzung in deutsche und französische Gebärdensprache ist neu auch die Übersetzung in italienische Gebärdensprache geplant.

8. Personalaufwand und Sozialversicherungsaufwand

Gegenüber dem Budget 2021 steigt der Gesamtstellenetat (exkl. Fraktion) um rund 865 auf 3 253% (inkl. Praktika; 3 883% inkl. Fraktion). Entsprechend steigen die Personalkosten 2022 (exkl. Fraktion) um rund 1.08 Mio. Franken auf total rund 4.0 Mio. Franken.

Die Erhöhung der Stellenprozent (pro rata auf Jahrespensen umgerechnet) gegenüber dem Vorjahresbudget erklären sich insbesondere durch Erhöhungen in den Bereichen Zentrale Dienste (40%), Parteisupport (60%), Bildung (40%), SP queer (10%), Publikationen (100%), Kampagnen (530 %), Fundraising (80%) sowie für Entwicklungsprojekte (70%). Die Veränderungen sind unter den einzelnen Kostenstellen ausgeführt. Der Grossteil (ca. 700%) der zusätzlichen Stelle ist bis Ende Wahljahr 2023 befristet.

9. Übriger Personalaufwand

Der übrige Personalaufwand entspricht dem Budget 2021.

10. Raumaufwand

Der Raumaufwand liegt über dem Budget 2021. Mit den neuen Strukturen sind 2022 ein ein- und ein zweitägiger Parteitag geplant, was zusammen mit den externen Raumkosten für den Parteirat gegenüber 2021 zu Mehrkosten führt. Weiter sind neben der Kommunaltagung neu auch die Unterstützung der sozialdemokratischen Städtekonferenz und Mehraufwände bei den Organen berücksichtigt.

11. Unterhalt, Reparaturen, Leasing

Diese Position beinhaltet u.a. die Miete für die Technik verschiedener Anlässe. Berücksichtigt sind zwei Parteitage, die Sitzungen des Parteirats sowie Bildungsveranstaltungen und die Versammlungen und Veranstaltungen der Organe.

12. Verwaltungsaufwand

Die Summe Verwaltungsaufwand für 2022 liegt über dem Budget 2021. Insbesondere Drucksachen, Porti sowie das Honorar für die Beglaubigung der gesammelten Unterschriften im Rahmen der geplanten Initiativen führen zum ausgewiesenen Mehraufwand.

13. Informatikaufwand

Der Informatikaufwand (Lizenzen und Wartung) ist mit rund 106 000 Franken gegenüber 2021 praktisch unverändert budgetiert.

14. Werbeaufwand

Im Werbeaufwand sind insbesondere die voraussichtlichen Kosten für Inserate- und Plakatekampagnen sowie für Online-Kampagnen für Abstimmungen, Referenden und Initiativen enthalten. Dazu gehören speziell auch Social Media-Kampagnen im Rahmen der Abstimmung Stempelsteuer-Referendum, der geplanten Initiativen sowie weiterer Kampagnen u.a. auch der SP Frauen*.

15. Übriger Parteiaufwand

Der übrige Parteiaufwand ist gegenüber 2021 tiefer budgetiert.

Die Ausschüttung an die Kantonalparteien als Beteiligung am Fundraising der SP Schweiz ist aufgrund der budgetierten Fundraisingeinnahmen mit dem Maximalbetrag berücksichtigt. Die Ende 2019 verabschiedeten Reglemente über die Beteiligung der Kantonalparteien am Fundraising der SP Schweiz dient als Grundlage für die Berechnung. Die effektive Beteiligung wird sich nach den tatsächlichen Nettoeinnahmen des Fundraisings 2022 richten.

Die Beiträge an Organisationen, welche u.a. Kampagnenbeiträge an Komitees und Trägervereine umfassen, sind 2022 tiefer eingesetzt. Im Gegenzug sind die übrigen Veranstaltungsaufwände höher mit der Durchführung eines zweitägigen Parteitags und dem Aufwand für den neuen Parteirat.

2022 ist ein Mitgliederbeitrag an die Progressive Allianz budgetiert. Rückwirkend ab 2018 ist die Mitgliedschaft bei der SP Europa durch Nicht-EU-Staaten nicht mehr möglich, weshalb dieser Beitrag zumindest vorläufig entfällt.

16. Bildung Rückstellungen

Im Budget 2022 ist die Bildung von Rückstellungen für die Fundraising-Datenbank gemäss den unter Punkt 15 erwähnten Reglementen vorgesehen.

Gemäss Beschluss der Delegiertenversammlung vom Dezember 2012 in Thun sollen die Spenden der genossenschaftlich organisierten Unternehmen einem getrennten Fonds zugewiesen werden. In diesem Sinn werden die Spenden der Raiffeisenbank und der Mobilier ab 2013 direkt als Rückstellungen verbucht. Über die Verwendung der Mittel entscheidet der Parteirat und informiert den Parteitag. Die geplante Verwendung dieser Rückstellung wird im Budget bzw. Finanzplan berücksichtigt, entsprechend ausgewiesen und unter Auflösung Rückstellungen kommentiert.

17. Abschreibungen

Die Abschreibungen für die Inhouse betriebenen Systeme - Mitgliederdatenverwaltungssystem, Fundraising-Datenbank, Basiskampagnentool – sinken durch tiefere Investitionen nach anfänglich hohen Investitionen und dementsprechend höheren Abschreibungen in kürzerer Vergangenheit. Die Implementierung einer neuen Webseite verzögert sich und erfolgt erst im 2022. Die Kosten dafür werden entgegen früherer Schätzungen tiefer ausfallen.

Kostenstellen

Die Kosten für Zentrale Dienste, d.h. Personalkosten Support und IT sowie Finanzen & Controlling und Personalwesen, Miete Büroräumlichkeiten, Unterhalt/Reparaturen/Ersatz Büromaterial und – mobilien, Sachversicherungen und allgemeine Verwaltungskosten wie Fotokopien, Telefon, Post sowie Informatikaufwendungen und Abschreibungen sind mit total 1 392 000 Franken gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Rund 600 Stellenprozent (Vj 560) exkl. Lernende:r sind im Bereich Zentrale Dienste budgetiert. 20 Stellenprozent, welche 2021 im Parteisupport geplant waren, werden aufgrund des gestiegenen Aufwandes und der Personalaufstockung im Personalwesen wahrgenommen. Weiter erfolgte eine befristete Anstellung im Bereich Support, da die Stelle des Langzeitpraktikums Mitte 2021 nicht wiederbesetzt werden konnte. Die Kosten der Zentralen Dienste werden im Verhältnis der Lohnkosten auf die Hauptkostenstellen umgelegt.

18. Partei

Die Einnahmen sind basierend auf dem Mitgliederbestand per Anfang 2021 geplant und berücksichtigen einen leichten Wachstum im Mitgliederbestand. Die Mitgliederspenden sind im Verhältnis gemäss dem langjährigen Anteil am gesamten Sammelertrag ausgeschieden und höher eingesetzt als im Vorjahr. Zur Planung des Fundraising-Sammelertrags siehe Kommentar zur Finanzbeschaffung und zur Kostenstelle Fundraising.

Die Umsetzung der neuen Strukturen gemäss Beschluss des Parteitag vom 28. August 2021 führt zu Mehraufwand in der Durchführung der Zusammenkünfte der statutarischen Parteigremien. Die Kosten für die Durchführung der Parteitage (2022: je ein ein- und zweitägiger Parteitag) und Parteiratssitzungen sind höher als jene für die bisherigen Parteitage und Delegiertenversammlungen. Für die Parteitage sind neben Französisch und Deutsch neu auch Übersetzungen in Italienisch geplant. Die Simultanübersetzung in Gebärdensprache soll an den Parteitagen neu zusätzlich auch in Italienisch erfolgen. Neu sind Mittel für Entwicklungsprojekte vorgesehen. Diese sind an der Schnittstelle zwischen Kommunikation, Kampagnen und Parteiarbeit angesiedelt. Sie sollen die SP stärken und (explorative) Projekte ermöglichen. Der Sachaufwand Präsidium ist höher eingesetzt, da ebenfalls Mittel für Studien eingeplant sind. Die Entschädigung Präsidium steigt gegenüber 2021. Sie war im Budget 2021 irrtümlicherweise zu tief eingesetzt.

Entgegen der ursprünglich geplanten 20 Stellenprozent im Budget 2021 wurde eine Stelle zu 60 Prozent für Parteisupport besetzt. Diese wird durch das Co-Präsidium mitfinanziert. Für den Support der neuen Parteigremien sind zusätzliche 20 Stellenprozent geplant im 2022. Im weiteren ist eine Stelle zu 70% für Entwicklungsprojekte vorgesehen.

Die insgesamt rund 450 Stellenprozent (Vj 390) sind im Vergleich zu 2021 höher.

19. Bildung

Das Bildungsbudget liegt im Rahmen des Budgets 2021.

Der Personalaufwand (rund 90 gegenüber rund 50 Stellenprozent im 2021, exkl. Praktikum) und die Sachkosten beinhalten Aufwendungen für die Durchführung der Sommeruni, die Erarbeitung von Bildungsmodulen für Sektionen und Kantonalparteien, der Durchführung der kommunalpolitischen Tagung für kleine Gemeinden sowie für die Unterstützung der sozialdemokratischen

Städtekonferenz. Ferner gehören zu dieser Kostenstellengruppe auch die Projekte im Bereich Mitgliederentwicklung sowie Wirtschaft & Demokratie. Die zusätzlichen Stellenprozent betreffen eine mit Nachtragskredit im 2021 genehmigte bis Ende August 2022 befristete Anstellung für Projekte zum Parteaufbau in der Romandie. Diese werden gemäss Nachtragskredit über Rückstellungen finanziert.

20. SP60+

Der Gesamtaufwand liegt leicht über dem Budget 2021. Im Budget sind weiterhin 40 Stellenprozente, die Entschädigungen für die Gremien sowie Sachaufwendungen für Konferenzen, Themenanlässe und Kampagnen enthalten.

21. SP MigrantInnen

Wie 2021 sind 40 Stellenprozent geplant. Der Minderaufwand ergibt sich durch die Neubesetzung der Stelle sowie durch eine anteilig geringere Belastung mit Gemeinkosten. Der allgemeine Sachaufwand sowie der Sachaufwand und die Spesen für Präsidium und Geschäftsleitung bleiben unverändert.

22. JUSO

Gemäss Vereinbarung mit der JUSO trägt die SP Schweiz die Personalkosten für die Zentralsekretärin der JUSO, einen Teil des Bruttolohns der JUSO-Präsidentin sowie die gesamten anteiligen Gemeinkosten der Mitarbeitenden der JUSO. Der reguläre Kampagnenbeitrag beträgt 15 000 Franken.

23. SP Frauen*

Das Budget SP Frauen* beinhaltet unverändert 50 Stellenprozente (10 zusätzliche Stellenprozente werden durch die SP-Fraktion finanziert). Der Nettoaufwand für diverse Kampagnen fällt gegenüber 2021 leicht höher aus und beinhaltet bereits die Auflösung von bestehenden Rückstellungen. Der Aufwand für Versammlungen und die Entschädigung der Gremien bleiben unverändert.

24. SP queer

Mit Beschluss des Parteitags vom 28. August 2021 wird das neue Organ die Tätigkeit voraussichtlich Anfang 2022 aufnehmen. Für den Aufbau sind 20 Stellenprozent vorgesehen.

25. Publikationen

Die Gesamtkosten der Publikationen links (6 Ausgaben), socialistes (4 Ausgaben) und ps.ch (4 Ausgaben) sind höher als im Budget 2021. Das Mailing an die Empfänger_innen von links und socialistes, welches in der Vergangenheit jeweils einen Nettoertrag einbrachte, wird seit 2016 jährlich versandt und ist entsprechend der Vorjahre geplant. Nachdem im 2020/21 eine grundlegende Analyse der Mitgliederzeitungen (Leser:innenbefragung) durchgeführt worden ist, sind im Budget 2022 Mittel für den Relaunch des Layouts von links und socialistes berücksichtigt. Dieser erfolgte nicht wie ursprünglich geplant bereits im 2021. Mehraufwände ergeben sich insbesondere durch höhere Papierpreise. Neu ist der Aufbau eines Medienportals geplant.

Für die Redaktion der Publikationen sind insgesamt rund 160 Stellenprozente (Vj 60) eingesetzt. 200 Stellenprozent betreffend den Aufbau eines Medienportals. Diese sind ab Mitte 2022 geplant und pro rata zu 100% im Budget berücksichtigt.

26. Kampagnen & Kommunikation

Der Sachaufwand im Bereich Kampagnen umfasst die Aufwendungen für die Produktion von Abstimmungsmaterialien, die Koordination und Mitarbeit in Komitees und überparteilichen Bündnissen, die Konzeption und Umsetzung von medienwirksamen Aktionen, die Planung und Realisierung von Paid-Media-Kampagnen und Online-Aktivitäten sowie die Publikation der Abstimmungszeitungen. 2022 sind drei Abstimmungszeitungen vorgesehen. Im Bereich Kampagnen sind 2022 ohne Praktika rund 870 Stellenprozent (Vj 335 inkl. Transparenz-Initiative bis Juli 2021) eingeplant. 140 Stellenprozent betreffen die im 2021 mit Nachtragskredit und bis Ende 2023 genehmigten Stellen, welche über Rückstellungen finanziert werden. Weiter sind für die Abstimmung Stempelsteuer-Referendum sowie die geplanten Initiativen befristete Stellen im Umfang von rund 300 % geplant. Im Gegenzug entfällt die Stelle Transparenz-Initiative. Neu geschaffen werden eine Stelle mit dem Inhalt Datenbereinigung und Kommentarmoderation (25%) sowie eine Stelle, welche für tagesaktuelle Kampagnen (60%) verantwortlich sein wird und es damit der Partei ermöglicht, schnell auf Aktualitäten (Beispiel: Afghanistan-Petition) zu reagieren. Weiter werden die Stellenprozent von zwei Kampagnenleiterinnen hinsichtlich der Wahlen 2023 je um 10% erhöht.

Schwerpunkte im Budget 2022 Kampagnen sind: Abstimmung Referendum Stempelsteuer sowie Gesetz Medienförderung, Gletscher- und Kampfjet-Initiative. Weiter sind zwei Initiativen geplant, eine Gleichstellungs-Initiative (Kita) sowie eine Finanzplatz-Initiative. Neben dem Mitteln für die voraussichtlich vier Abstimmungstermine sowie allfällige Referenden sind Sachkosten für die Vorbereitung der Wahlkampagne 2023 berücksichtigt.

Zugunsten des Stempelsteuer-Referendums, der geplanten Initiativen, der obenerwähnten mit Nachtragskredit genehmigten Stellen sowie der Entwicklungsprojekte werden Rückstellungen von total 1 200 000 Franken aufgelöst.

Seit 2018 werden die Fixkosten des E-Fundraising im Bereich Kampagnen & Kommunikation geführt. Im 2022 sind Nettoerträge aus dem E-Fundraising von rund 340 000 Franken geplant. Kampagnenbezogene E-Fundraising-Einnahmen werden zu zwei Dritteln diesen geplanten Einnahmen zugerechnet und zu einem Drittel für zusätzliche Massnahmen der entsprechenden Kampagne verwendet. Zur Planung der E-Fundraising-Erträge siehe Kommentar zur Finanzbeschaffung und zur Kostenstelle Fundraising.

27. Basis

In dieser Kostenstellengruppe werden die Aufwände der Basiskampagnen – insbesondere die Unterstützung der Kantonalparteien und Sektionen bei kantonalen und lokalen Wahlen und Abstimmungen – abgebildet.

Im Bereich Basis sind 2022 unverändert rund 260 Stellenprozent (exkl. Praktika) geplant.

28. Fundraising

Die Fundraisingeinnahmen sind unter Berücksichtigung der effektiven Erträge der vergangenen Jahre budgetiert. Durch die Professionalisierung des Fundraisings in den vergangenen Jahren, aufgrund erzielter Einsparungen in der Produktion sowie durch eine enge Zusammenarbeit der Bereiche Fundraising und Kampagnen konnten die Einnahmen erheblich gesteigert werden, was in den vergangenen Jahren teilweise zu ausserordentlichen Mehrerträgen gegenüber dem Budget führte. Aufgrund dieser Entwicklung und basierend auf den geplanten Kampagnen, werden die Fundraisingeinnahmen für 2022 und die Folgejahre höher geplant.

Im Fundraising sind insgesamt 320 Stellenprozente (Vj 240) vorgesehen. Geplant ist eine Erhöhung um 80 Stellenprozent für die Konzeption und die Umsetzung des Fundraisings zu den geplanten Kampagnen und hinsichtlich der Wahlen 2023. Die geplante Stelle leistet einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der Fundraisingerträge.

Die Ausschüttung an die Kantonalparteien als Beteiligung am Fundraising der SP Schweiz ist aufgrund der budgetierten Fundraisingeinnahmen mit dem Maximalbetrag berücksichtigt. Die anlässlich der Koordinationskonferenz vom 29. November 2019 verabschiedeten neuen Reglemente über die Beteiligung der Kantonalparteien am Fundraising der SP Schweiz dienen als Grundlage für die Berechnung. Die effektive Beteiligung wird sich nach den tatsächlichen Nettoeinnahmen des Fundraising 2022 richten.

Von den bestehenden Rückstellungen für Fundraisingprojekte werden 2022 80 000 Franken aufgelöst: zur Deckung der Abschreibungen aus der Investition in die neue Fundraising-Datenbank sowie für Massnahmen im Rahmen neuer Fundraising-Projekte und im Zusammenhang mit dem neu aufgelegten Legateratgeber. Weiter werden basierend auf die erwähnten Reglemente Rückstellungen für zukünftige Investitionen gebildet.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung Budget 2022.

NACHTRAGSKREDIT ZUM BUDGET 2022: REFERENDUM VERRECHNUNGSSTEUER

Ausgangslage

Die Verrechnungssteuer ist eine so genannte Sicherungssteuer, die vorab erhoben und nach Deklaration zurückerstattet wird. Auf Obligationen soll diese nun abgeschafft werden. Das ist ein Freipass für in- und ausländische Steuerkriminalität. Der Bundesrat hat diese Gefahr erkannt und wollte deshalb als Ausgleich zur Abschaffung der Verrechnungssteuer andere Sicherungsmassnahmen ergreifen, doch die Banken- und Finanzlobby hat das verhindert. Das Resultat: Eine Vorlage, mit der jegliche Sicherung entfällt und die so die Steuerkriminalität fördert.

Die ehrlichen Steuerzahler:innen bezahlen die Ausfälle. Die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf Obligationen führt je nach Zinssatz zu jährlichen Steuerausfällen von mehreren hundert Millionen Franken. Das Geld fliesst in die Taschen von Steuerkriminellen und reichen Anleger:innen aus dem In- und Ausland. Klar ist: Eine Gegenfinanzierung fehlt, zahlen wird die Bevölkerung – entweder mit höheren Gebühren und Abgaben oder dann mit Leistungsabbau.

Für die SP ist ein Referendum gegen diesen Freipass zur Steuerkriminalität zwingend. Mit dem Referendum gegen die Abschaffung der Stempelsteuer, das im Februar zur Abstimmung kommt, versuchen wir bereits, den rechten Abbauvorlagen einen Riegel zu schieben. Die Reform der Verrechnungssteuer zeigt: Ein Referendum allein reicht nicht aus gegen die Privilegienpolitik von rechts. Der grosse Plan der Rechten ist die vollständige Entlastung des Kapitals und die alleinige Besteuerung von Lohn, Rente und Konsum. Wenn jedoch dank den SP-Referenden nach der Stempelsteuer auch die Verrechnungssteuerreform scheitern würde, wird der Druck zunehmen, die Steuersenkungsorgie von rechts definitiv zu beenden und ihren grossen Plan zu stoppen. Nach den erfolgreichen Abstimmungskämpfen gegen die USR III und den Kinderabzugsbschiss ist die Ausgangslage dafür sehr gut.

Das Präsidium der SP Schweiz hat deshalb im November beschlossen, das Referendum zu ergreifen. Ein entsprechender Antrag wird dem Parteitag vom 5. Februar 2022 vorgelegt, wobei die Unterschriftensammlung aufgrund der Fristen sofort nach der Publikation im Bundesblatt am 28. Dezember zu beginnen hat.

Sammelphase anspruchsvoll, Vorbereitung für Abstimmungskampf laufen

Die Sammelphase ist anspruchsvoll, sie startet Ende Dezember mitten in der Winterpause. Zusätzlich erschwert die Corona-Pandemie das Sammeln auf der Strasse weiterhin, da die Stimmberechtigten immer noch zurückhaltend auf Sammelaktionen auf der Strasse reagieren. Die Sammelphase unterstützt den Abstimmungskampf rund um das Stempelsteuer-Referendum (Abstimmung im Februar), da einmal mehr offensichtlich wird, dass die Rechten mitten in einer Jahrhundertkrise mit einer gezielten Salamtaktik Steuern für grosse Konzerne und Superreiche abschaffen.

Finanzierung

Im Budget 2022 ist das Referendum gegen die Abschaffung der Verrechnungssteuer nicht vorgesehen, weshalb es einen Nachtragskredit benötigt. Dieser Nachtragskredit beinhaltet sowohl die Sammelphase wie auch den Abstimmungskampf, da davon auszugehen ist, dass die Abschaffung der Verrechnungssteuer bereits im September 2022 an die Urne kommen würde. Das Budget orientiert sich am Budget für die Sammelphase und den Abstimmungskampf bei der Stempelsteuer. Für die Sammelphase liegt ein Kurzkonzept vor. Der Abstimmungskampf wird ähnlich wie bei der Stempelsteuer konzipiert werden.

Budget Sammelphase und Abstimmungskampf Verrechnungssteuer

Sammelphase

Wording und Visual	20'000
Beglaubigung	35'000
GAS/Porti	30'000
Beilagen	5'000
PromoPost	35'000
Diverses	5'000
Social Media Werbung	20'000
Total	150'000

Abstimmungskampf

Kommerzielle Werbung (Plakate, Inserate)	150'000
Social Media (Produktion, Grafik, etc.)	100'000
Allianzen	60'000
Layout, Material	20'000
Total	330'000

Total: 480'000 CHF

Zur Deckung der Kosten werden 30'000 CHF aus den bereits bewilligten «allgemeinen Kampagnenbudget» verwendet. Es resultieren folglich 450'000 CHF, die nicht budgetiert sind. Die Finanzierung erfolgt einerseits über kampagnenbezogenes Fundraising. Der Rest wird aus bestehenden Kampagnen-Rückstellungen gedeckt. Die bereits bewilligten 70'000 CHF für «Referenden» werden für die Verrechnungssteuer nicht verwendet, da im Jahr 2022 weitere Referenden (BVG-Reform, Mietrechtsanpassungen) möglich sind und dafür noch finanzieller Spielraum vorhanden bleiben muss.

Antrag

Für die Finanzierung des Verrechnungssteuer-Referendums wird zulasten der Rechnung 2022 ein Nachtragskredit von insgesamt 480'000 CHF beantragt, wobei 30'000 CHF bereits im Budget vorhanden sind. Gemäss Finanzreglement Art. 2 unterbreitet die GL Nachtragskredite von über 20'000 dem Parteitag zur Genehmigung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung Nachtragskredit.

NACHTRAGSKREDIT ZUM BUDGET 2022: BEFRISTETE ANSTELLUNG PROJEKTLÉITUNG KAMPAGNE SEXUALSTRAFRECHT

Ausgangslage

Sexualisierte Gewalt ist in der Schweiz extrem weit verbreitet: Jede fünfte Frau war schon selber betroffen. Personen aus marginalisierten Gruppen, insbesondere nicht-weisse Frauen, Frauen mit Behinderung sowie trans- und intergeschlechtliche Personen sind noch viel stärker gefährdet. Obwohl diese massiven Verletzungen der sexuellen Selbstbestimmung immer wieder vorkommen, bleiben sie in der Schweiz meist straflos. Grund dafür ist auch unser veraltetes Sexualstrafrecht.

Die Revision des Sexualstrafrechts wird zurzeit im Bundesparlament diskutiert. Der bisherige Vorschlag der Ständeratskommission war ungenügend. Aus diesem Grund wollen wir SP Frauen den Druck erhöhen, um eine bessere Lösung möglich zu machen. Der Straftatbestand der Vergewaltigung muss neu definiert werden.

Die Kampagne zur Revision des Sexualstrafrechts gemäss dem Prinzip «Nur Ja heisst Ja» war für die SP Frauen für das Jahr 2021 ein Schwerpunktthema und soll es auch im Jahr 2022 sein.

Was bisher erreicht wurde

Seit April 2021 ist Chiara Horber in einer bis Ende Jahr befristeten 40% Anstellung für diese Kampagne zuständig. Folgendes wurde in dieser Zeit erreicht:

- Über die Seite ja-heisst-ja.ch wurde total **13'892 Stellungnahmen** zur Vernehmlassung zum Sexualstrafrecht versendet. Zum ersten Mal überhaupt haben so viele Einzelpersonen im Rahmen einer Vernehmlassung zu einem Gesetzesentwurf Stellung genommen.
- Es wurden circa **3700 Solidaritäts-Schlüsselanhänger** zur Kampagne bestellt.
- Es haben sich ca. **1400 Menschen** (Stand 28. September 2021) für das Aktionsnetzwerk «Nur Ja heisst Ja» eingetragen. Das sind Personen, die sich aktiv an der Kampagne beteiligen wollen.
- Insgesamt wurden durch die Kampagne (Stellungnahmen, Aktionsnetzwerk, Schlüsselanhänger) **7'085 neue Kontakte** generiert (Stand 3. September 2021).
- Es wurden Spendeneinnahmen von **30'882 Franken** generiert (Stand 24. November 2021).

Neben diesen Kennzahlen ist unseres Erachtens ein weiterer Punkt von grosser Bedeutung: Die Diskussion um das Sexualstrafrecht und um das Konsensprinzip («Nur Ja heisst Ja») wird öffentlich viel breiter geführt als noch vor einem Jahr. Davon zeugen zahlreiche Medienbeiträge und die Stellungnahmen der Kantone und vieler Frauenorganisationen, beispielsweise nach Abschluss der Vernehmlassung. Mit dieser Kampagne sprechen wir speziell auch junge Frauen an, die von sexualisierter Gewalt stark betroffen sind und die konkreten Auswirkungen auf ihr Leben direkt spüren. Unter den politischen Parteien haben die SP Frauen den Lead in dieser Thematik.

Ziele für das Jahr 2022

Die Kampagne wird weitergeführt, das erworbene Know-how und die Fähigkeiten der bisherigen Stelleninhaberin Chiara Horber gehen der Partei nicht verloren. Das Netzwerk wird gestärkt und mit konkreten Aktionsvorschlägen stimuliert. Die SP Frauen behalten und verstärken in der Öffentlichkeit den politischen Lead in dieser Kampagne. Und last but not least soll die Revision des Sexualstrafrechts möglichst in unserem Sinne, d.h. nach dem Konsensprinzip ausgestaltet sein.

Budget

Die Kosten für eine auf das Jahr 2022 befristete Festanstellung von Chiara Horber als «Projektleiterin Kampagnen SP Frauen» belaufen sich auf knapp 45'000 Franken.

Finanzierung

Die Ausgaben können über die von den SP Frauen erarbeiteten Budgetreserven (bestehende Rückstellungen) vollumfänglich gedeckt werden.

Antrag

Für die auf das Jahr 2022 befristete Festanstellung zu 40% von Chiara Horber als «Projektleiterin Kampagnen SP Frauen» wird ein Nachtragskredit von 45'000 Franken zulasten der Rechnung 2022 beantragt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung Nachtragskredit.

TRAKTANDUM 14: ANTRÄGE UND RESOLUTIONEN

R-3 RENÉ LONGET UND ANDERE: FÜR EINE ENGAGIERTE AUSSENPOLITIK – FÜR DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND DEN KAMPF GEGEN ARMUT

Seit der Gründung des Roten Kreuzes im 19. Jahrhundert hat sich Genf zu einem Zentrum der weltweiten Diplomatie und Zusammenarbeit entwickelt. Mit 42 internationalen Organisationen, 177 diplomatischen Vertretungen und ungefähr 750 Nichtregierungsorganisationen ist Genf zur Hauptstadt des humanitären Engagements geworden, der Hauptstadt des Schutzes der Menschenrechte, der Abrüstung und der Migrationspolitik, aber auch des demokratischen Multilateralismus und der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Seit 2019 missachtet jedoch die Schweizer Aussenpolitik die Werte der internationalen Solidarität, der Förderung der Menschenrechte und des Kampfes gegen die Armut. Stattdessen dominieren wirtschaftliche und finanzielle Interessen. Am heutigen Parteitag wollen wir Position beziehen gegenüber dieser Politik, die im Widerspruch zu unseren sozialdemokratischen Werten steht.

So möchten wir als Partei der Basis die Unterstützung der SP Schweiz für alle Aktivist:innen der sozialen Bewegungen bekräftigen, die in Genf Gerechtigkeit suchen. Insbesondere auch für jene, die den demokratischen Wandel in Hong Kong, Tibet, Russland, der Türkei, Belarus, der Ukraine, Kasachstan, in Lateinamerika oder in Afrika mittragen. Wir verlangen eine aktivere Aussenpolitik im Interesse der Zivilgesellschaft.

Als humanistische und internationalistische Partei verurteilen wir die Rückkehr zu einer Grossmachtpolitik im Stil des Kalten Krieges. Die Machtdemonstrationen in Moskau, Peking oder Washington laufen dem Einsatz für einen internationalen Dialog zuwider, den unsere Diplom:innen und Delegierten leisten, um Konfliktsituationen und humanitäre Krisen zu meistern. Die Schweiz muss eine kohärente Politik betreiben, indem sie ihre Handelspolitik und ihre humanitären Bemühungen endlich in Einklang bringt.

Schliesslich müssen wir als Partei, die sich aus Europäer:innen zusammensetzt, die europäische Ausrichtung der Schweiz bekräftigen. Seit 20 Jahren hat die fremdenfeindliche Politik von rechts zu einer Neuausrichtung unserer Handelspolitik gegenüber den USA und China beigetragen. Doch diese Beziehungen sind asymmetrisch und damit unseren Interessen klar zuwiderlaufend. Sie verstärken das Erstarren einer Neutralität, die sich aktiv für die Menschenrechte einsetzen könnte.

Aus all diesen Gründen fordern wir vom Bundesrat, eine klare Position gegen die Einflusspolitik der Grossmächte einzunehmen und bei jeder möglichen Gelegenheit unsere Solidarität mit den Völkern der ganzen Welt zu bekräftigen. Wir fordern auch, alles zu unternehmen, um unsere Handelspolitik gegenüber den europäischen Nachbarn neu auszurichten, und wir fordern, im Kampf gegen die Untätigkeit keinen Millimeter nachzugeben.

Empfehlung des Präsidiums: Annahme.

Unterzeichner:innen: Kaya Pawlowska, Christian Dandrès, Emmanuel Deonna, René Longet, Françoise Schenk-Gottret, Christel Saura, Jean-Pierre Tombola, Olga Baranova